

Bundestagswahl 2025

Überblick über die
Wahlprogramme

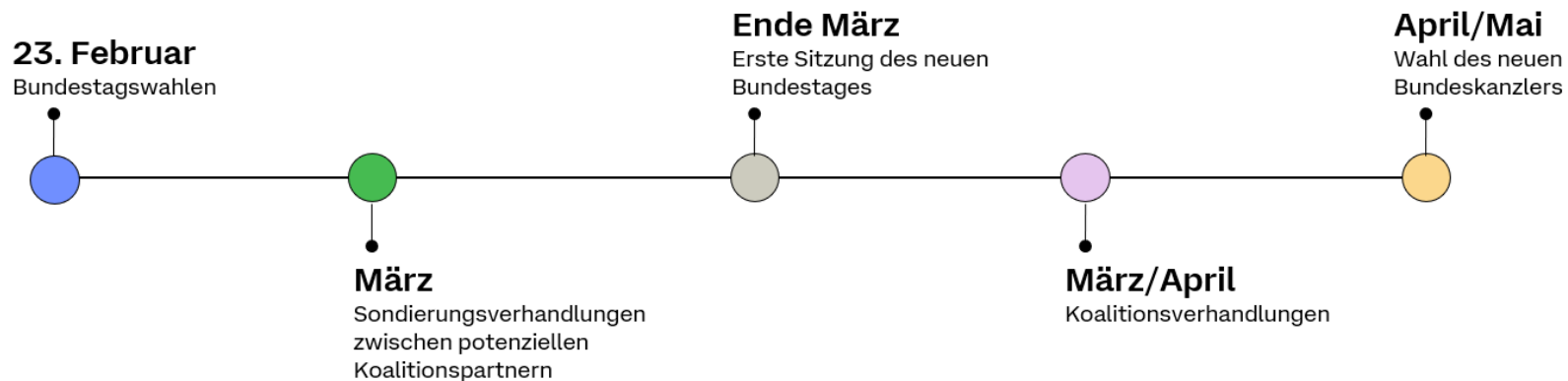
FRESHFIELDS



Freshfields: Ein globales Team an der Spitze des Rechtsmarkts

Freshfields ist eine globale Wirtschaftskanzlei mit über 280 Jahren Erfahrung darin, Veränderungen zu antizipieren, neue Standards zu setzen und die Zukunft des Rechts zu prägen. In einer komplexen Welt, in der sich schnell neue Chancen entwickeln, sind wir ein verlässlicher, vorausschauender Partner, der seinen Mandanten einen Vorsprung verschafft und ihnen hilft, ihre Ambitionen voranzutreiben. Wir sind stolz darauf, dass wir in den Bereichen, die für unsere Mandanten weltweit am wichtigsten sind, zu den führenden Kanzleien gehören.

Eckdaten der Bundestagswahl und Regierungsbildung:



Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl

Im November 2024 zerbrach die Regierungskoalition der Sozialdemokraten (SPD) von Bundeskanzler Olaf Scholz mit Grünen (B90/Die Grünen) und Liberalen (FDP). Am 23. Februar wählen fast 60 Millionen Wähler in vorgezogenen Neuwahlen einen neuen Bundestag. Ein Regierungswechsel unter Beteiligung der Konservativen (CDU) von Kanzlerkandidat Friedrich Merz scheint wahrscheinlich. Außerdem wird das BSW als Abspaltung der Linkspartei als neue Partei zur Wahl stehen. Daneben wird die rechtspopulistische AfD aller Voraussicht nach als stärkste Oppositionspartei hervorgehen. Unabhängig davon, wer gewinnt, ist mit einer Veränderung der politischen Mehrheiten in Deutschland zu rechnen, die auch Auswirkungen auf die europäische und internationale Politik haben wird. Freshfields hat die neuesten Entwicklungen und Positionierungen im Blick.

Mehr Analysen und Blogposts finden Sie im unserem [Election Supercycle](#)

Inhaltsübersicht

Digitales	4
Allgemeine Digitalpolitik.....	4
Datenschutz.....	5
Künstliche Intelligenz.....	6
Weitere digitalpolitische Vorhaben.....	7
Europa	8
Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit.....	8
Institutionelles.....	9
Finanzmarktregulierung	11
Finanzplatz Deutschland.....	11
EU-Finanzregulierung.....	13
Private Altersvorsorge.....	13
Verkehr	14
Automobilwirtschaft & E-Mobilität.....	14
Verkehrsinfrastruktur.....	16
Bahn und Schiene.....	16
Allgemeine verkehrspolitische Positionen.....	17
Umwelt	18
Unternehmensrecht	19
Berichtspflichten.....	19
Bürokratieabbau.....	20
Vergaberecht.....	20
Gesellschaftsrecht.....	21
Arbeitsrecht	22
Mindestlohn.....	22
Tarifpolitik.....	23
Betriebliche Mitbestimmung, Gewerkschaften, Streikrecht.....	23
Arbeitszeit.....	24
Vertragsrecht & weiteres Arbeitsrecht.....	25
Rechtspolitik	26
Justiz.....	26
Wirtschaftsstrafrecht.....	27
Verwaltung.....	27

Immobilienrecht	28
Wohneigentum & Mietpolitik.....	28
Baurecht.....	30
Energetische Sanierungen (ohne Heizungsgesetz).....	32
Gesundheit	32
Steuern	33
Allgemeine Steuerpolitik.....	33
Unternehmenssteuerrecht.....	36
Steuerverwaltung.....	37
Wettbewerbs- und Handelspolitik	37
Kartellrecht & Fusionskontrolle.....	37
Außenwirtschaftsrecht & Handelspolitik.....	39
Energie und Klimapolitik	40
Allgemeines.....	40
Stromproduktion.....	41
Strompreise & Marktdesign.....	42
Netze: Netzentgelte, Netzausbau.....	43
Wärme: Heizungsgesetz, Fernwärmecontracting.....	44
Wasserstoff.....	44
Förderregime.....	45
Reform der Schuldenbremse	45
Public Affairs bei Freshfields	47

Berücksichtigt werden alle Parteien, die nach aktuellen Umfragen im 21. Bundestag in Fraktionsstärke vertreten sein werden und zudem Regierungsverantwortung auf Bundes- oder Landesebene übernehmen.

Digitales

Allgemeine Digitalpolitik

<ul style="list-style-type: none"> Schaffung eines Digitalministeriums; hier Bündelung von Verantwortung für Infrastruktur, Datenpolitik, KI, Plattformen und digitale Dienste, Verwaltungsdigitalisierung und IT-Beschaffung 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung eines Digitalministeriums mit allen Zuständigkeiten für die Verwaltungsdigitalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> Bündelung von Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung für eine schnelle und umfassende Digitalisierung Förderung der Interoperabilität von IT-Systemen von Behörden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen. 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung eines Digitalministeriums durch Zusammenlegung bestehender Abteilungen, Aufgabe: Digitalisierung der Verwaltung. 	
<ul style="list-style-type: none"> Einstufung des Ausbaus von Mobilfunknetzen sowie von Glasfaser als „überragendes öffentliches Interesse“ Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarkts („Digitalunion“) Eine europäische Cloud sowie europäische Speicher- und Rechenkapazitäten 	<ul style="list-style-type: none"> Flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk Vertiefung des europäischen Binnenmarkts, u.a. in Bezug auf digitale Infrastruktur zur Förderung des Dienstleistungsverkehrs Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird zu 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Glasfaser und 5G durch Beschleunigung von Genehmigungen Erleichterung alternativer Verlegemethoden und Förderung von Open-Access Schaffung eines europäischen digitalen Binnenmarkts („Digitalunion“) Staat soll mit seiner Marktmacht als Einkäufer innovative digitale 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Mobilfunk und Glasfaser als „überragendes öffentliches Interesse“ Staatliche Unterstützung des Glasfaser- und Mobilfunkausbaus nur da, wo sich der privatwirtschaftliche Ausbau nicht rechnet Aufbau von Kompetenzen in Soft,- und Hardware in 	<ul style="list-style-type: none"> Der Staat muss schnelles Internet gewährleisten Wiederherstellung von Europas digitaler Souveränität gegenüber „US-Datenkraken“ Förderung von Open-Source-Software zur Vermeidung von Datenverlust an amerikanische Konzerne Verpflichtung von Software-Herstellern, ihre

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkerer Schutz des Mittelstands vor Cyberangriffen durch stärkere Aufklärung, steuerliche Anreize und günstigen Finanzierungen für Cybersicherheitsmaßnahmen • Deutschland soll Weltmarktführer für sichere IT-Lösungen und attraktiver Standort für Cybersicherheitsunternehmen werden 	<p>Zentralstelle in der Cyber- und Informationssicherheit</p>	<p>Produkte fördern, insbesondere Open-Source-Anwendungen und Produkte von Start-ups und KMU</p> <ul style="list-style-type: none"> • Cybersicherheitsstärkungsgesetz zur Stärkung der IT-Infrastruktur gegen Angriffe, insb. aus Russland und China • Zügige und bürokratiearme Umsetzung der NIS2-Richtlinie • Erleichterung der Digitalisierung der Wirtschaft, der Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen und der Anwendung von KI in Unternehmen 	<p>Europa und Deutschland, dafür Vorantreiben des Aufbaus von Rechenzentren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Präzisierung des Rechtsrahmens für Legal-Tech-Unternehmen • Stärkung der Cybersicherheit durch Neuordnung staatlicher Zuständigkeiten, Prinzip „Security by Design“ und Haftung für Sicherheitslücken sowie Einführung eines Schwachstellenmanagements • Erhalt der Netzneutralität durch Gleichbehandlung aller Datenpakete • Für ein Recht auf Verschlüsselung 	<p>Produkte bei Marktaustritt als Open Source zu veröffentlichen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Freie Nutzung kryptografischer Verfahren • Gegen eine Pflicht zur elektronischen Rechnungsstellung oder elektronischer Budgetierung

Datenschutz				
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Datensouveränität der Bürger statt Datenminimierung sowie verstärkte Nutzung von Open Data und automatisierter Datenerhebung • Bessere öffentliche Verfügbarkeit von Forschungsdaten • Pragmatische Umsetzung der DSVGO, mehr 	<ul style="list-style-type: none"> • Regelung eines fairen und rechtsstaatlichen Umgangs mit Daten im Betrieb • Verbesserung des Datenschutzes bei Hasdelikten durch Verhinderung der Offenlegung der Wohn- oder Aufenthaltsanschrift durch Akteneinsicht 	<ul style="list-style-type: none"> • Datenkollaborationen haben großes Potential für Innovation und Produktivität, zur Umsetzung des Potentials soll Datenschutzbürokratie abgebaut werden • Effektiver und zugleich praktikabler Datenschutz • Effiziente und einheitliche Umsetzung der 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürokratieabbau im Datenschutz und Aufbau einer zukunftsfähigen Dateninfrastruktur • Vereinfachter Zugang zu Forschungsdaten mittels Erlasses eines Forschungsdatengesetz • Etablierung eines offenen und transparenten Datenökosystems im 	<ul style="list-style-type: none"> • Verbot des Sammelns und Speicherns von individuellen Verhaltensdaten um den Weg in die „völlige Überwachung“ zu stoppen • Ablehnung von „Zwangsmaßnahmen“ wie lange Datenschutzerklärung, die nicht gelesen, aber abgemahnt werden

Datenschutz

standardisierte Verfahren, Schutz der Vertragsfreiheit in Bezug auf Daten

- **Abbau von Doppelstrukturen** zum **Datenschutz** auf Bundes- und Landesebene

DSVGO, u.a. zur Vermeidung von Doppelregulierungen

- **Versicherungsbereich („Open Insurance“)**
- **Reform** der „zersplitterten“ **Datenschutzaufsicht** und einheitliche Auslegung und Anwendung des Datenschutzrechts durch die Aufsichtsbehörden
- **Änderung des Grundgesetzes**: Die **Datenschutzkonferenz** soll **verbindliche Beschlüsse** fassen können

- Die im Rahmen von **Bonitätsauskünften gespeicherten Daten** müssen nach einem **Jahr gelöscht** werden
- Grundsätzlich **gegen Tracking** mittels Cookies oder anderer Verfahren

Künstliche Intelligenz

- Risiken beherrschen, aber **nicht überregulieren**
- **Bürokratiarme und innovationsoffene Umsetzung** des **AI Acts**
- **Stärkung** von **KI** im **Mittelstand** und **Wissenschaft** durch Beratung, Förderprojekten und Ausbau von Rechenkapazitäten
- **Förderung** und Beschleunigung von **KI-Forschung**
- Berücksichtigung des Enormen **Energiebedarfs** von

- **Ausgeglichene Regulierung** von KI und digitalen Plattformen; Kreation, Technologie und faire Vergütung sind auf „Augenhöhe“
- **Durchsetzung** des **AI Acts**, Fokus auf **Bot-Kennzeichnungspflicht**
- Klare **Erkennbarkeit** von **KI-generierter Musik**
- **Weiterentwicklung** der **KI-Strategie** mit Fokus auf die Entwicklung

- Einsatz von KI zur Nutzung des **Innovationspotentials bei gleichzeitiger Gewährleistung von Menschenrechtsschutz** und Diskriminierungsfreiheit
- **Unbürokratische Umsetzung** des **AI Acts**

- Deutschland soll zu einem der **stärksten Standorte für KI weltweit** werden
- Deutlich **innovationsfreundlichere Umsetzung** des **AI-Acts**
- **Chancen** von **KI** in der **Justiz nutzen**, ohne dass Sie richterliche Entscheidungen ersetzt

Künstliche Intelligenz

KI-Datenzentren in die nationale Energiestrategie

systemischer Innovationen wie branchenspezifische KI-Ökosysteme und LLM für Medizin, Materialforschung und Bildung

Weitere digitalpolitische Vorhaben

- Weiterentwicklung der BundID zu einer (eIDAS kompatiblen) **DeutschlandID** inkl. eigenem Postfach
- Einführung einer **europaweiten** gültigen **digitalen Ausweisfunktion** per Smartphone
- Befugnisse zur **Quellentelekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchung und KI-Datenanalysen** für **Bundessicherheitsbehörden**
- Wissenschaftliche Bewertung der **Social-Media-Nutzung von Minderjährigen; Maßnahmenpaket** für Gesundheit und Jugendmedienschutz

- Flächendeckende Nutzung der eID, Einführung einer **DeutschlandID** für die Nutzung von Verwaltungsdiensten
- **Europaweite Nutzbarkeit** und Komptabilität der DeutschlandID
- Polizei und BKA: **KI-Datenanalysen**, BSI: **Quick-Freeze-Verfahren** und **Log-in-Fallen**
- **Plattformbetreiber** sollen **Algorithmen offenlegen** und auf diskriminierende sowie manipulative Praktiken prüfen
- Konsequente Verpflichtung von Plattformbetreibern zum **Entfernen illegaler Inhalte**, u.a. durch die

- **Vorantreiben** der **BundID**
- **Bürgerrechtsschonende** Instrumente wie **Quick-Freeze-Verfahren**; **Ablehnung anlassloser Vorratsdatenspeicherung** und **Chatkontrolle**
- Verpflichtung von großen Medienplattformen, **wirksam gegen** die Verbreitung von **Desinformation** vorzugehen
- Erlass eines **Gesetzes** zum **Schutz vor digitaler Gewalt, Bekämpfung** von **algorithmischer Verstärkung** von **Hass** und Hetze
- **DigitalPakt Alter** für die Vermittlung von Digitalkenntnissen an ältere

- **Ausbau der digitalen Identität** mit einer digitalen Wallet für Ausweis, Führerschein und weitere wichtige Dokumente
- Recht auf Verschlüsselung im digitalen Raum
- **Keine** anlasslosen **Netzsperrern, Chatkontrollen, Uploadfilter** und **Vorratsdatenspeicherung**;
- **Für** richterlich angeordnete **Quick-Freeze-Verfahren**
- Digitale **Plattformen** müssen die **Meinungsfreiheit schützen**
- **Sorgfaltspflichten** aus dem **Digital Services Act** dürfen **diese nicht beeinträchtigen**

- **Social-Media-Gesetz nach australischem Vorbild**; „Verbannung“ von Handys und Tablets aus Klassenzimmern bis Grundschulende
- Recht auf **nichtdigitale Teilhabe am öffentlichen Leben**

Weitere digitalpolitische Vorhaben

- Durchsetzung des Digital Services Act
- Einführung von effektiven **Möglichkeiten** zur **Altersverifikation** von **jugendlichen** auf **Onlineplattformen**

- Digitaloffensive für Seniorinnen** und Senioren

Europa

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

- „**Deal für Wettbewerbsfähigkeit**“ in Europa durch „marktbasierte Instrumente, Technologieoffenheit und Vertrauen“
- Abbau von Hindernissen im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr
- Voranbringen von **EU-Projekten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit** der EU (IPCEI, European Chips Act)
- Modernes Kartell- und Wettbewerbsrecht** auf

- Reformierung des **Mehrjährigen Finanzrahmens** im Rahmen von Next Generation EU zur Ausrichtung auf Politikbereiche mit erkennbarem europäischem Mehrwert
- Digitale Infrastruktur für grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr** zur Sicherung und Verbesserung der Arbeitsplätze im Binnenmarkt
- Europäische Resilienzstrategie** zum „De-Risking“, effektivem Schutz

- Stärkere Ausrichtung des nächsten EU-Finanzrahmens auf **Investitionen in Infrastruktur und klimaneutralen Ausbau der europäischen Wirtschaft**
- Neue Eigenmitteleinnahmen** europäischen Instrumenten mehrheitlich zugunsten des EU-Haushalts
- Gemeinsame europäische Anleihen** z. B. im Rahmen der Europäischen Investitionsbank
- Europäische Digitalkonzernsteuer**, sofern USA

- Keine Verschuldungskompetenz** der EU, Next Generation EU als einmalige Ausnahme, keine Europäische Schuldenunion
- Umfassende **Freihandelsabkommen** oder **sektorale Handelsabkommen** je nach Bereitschaft der Partner
- Reform der **Kohäsionspolitik** durch Fokussierung auf Projekte mit europäischem Mehrwert statt regionaler Umverteilung und Strukturförderung

Europa

Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Grundlage des globalen Markts für fairen Wettbewerb in Europa

kritischer Infrastrukturen und Ansiedlung von Schlüsselindustrien

globale Vereinbarungen zur Besteuerung digitaler Großkonzerne nicht einhalten

- **Anpassung des Beihilferechts** zur umfassenden Unterstützung der Dekarbonisierung der Industrie und Abbau der Abhängigkeiten von Autokratien

Institutionelles

- **Institutionelle Reformen** und Reform der Arbeitsweisen für mehr Handlungsfähigkeit
- Verbesserung der **Koordinierung** innerhalb der EU
- Vertiefte Zusammenarbeit mit UK; Stärkung des EWR; Ausbau der Partnerschaft mit Nahem und Mittlerem Osten sowie Norden Afrikas zur Unterbindung illegaler Migration

- **Europäische Vertragsreformen**
- Abschaffung des **Einstimmigkeitsprinzips** für bessere Handlungsfähigkeit
- Nutzung des „**Weimarer Dreiecks**“ (Frankreich, Polen, Deutschland) für Impulse zur **Weiterentwicklung der EU zu solidarischer Gemeinschaft**; Formulierung **gemeinsamer Positionen und**

- Vollwertiges **Initiativrecht** des **Europaparlaments** für Gesetzgebungsvorhaben
- **Transnationale Liste** für Wahlen
- Abschaffung des **Einstimmigkeitsprinzips** in allen Politikbereichen
- **„Koalition der Willigen“**, wo gemeinsame Reformen aller Mitgliedstaaten nicht möglich sind
- **Deutsch-französische Kooperation** und

- **Institutionelle Reformen** wie **Verkleinerung** der Kommission, **Initiativrecht** des Europäischen Parlaments, **qualifizierte Mehrheitsentscheidungen** in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
- Bessere Verteilung der Finanzmittel in der EU entlang der Zukunftsaufgaben (Innovation, Forschung, Außen- und Verteidigungspolitik)

- Keine weitere Zentralisierung von Macht bei der EU-Kommission, stattdessen **Rückverlagerung von Kompetenzen an die Mitgliedstaaten**
- **Enge Zusammenarbeit** der europäischen Staaten, aber **keine immer tiefere Integration** in Richtung eines europäischen Bundesstaats
- „Enorme finanzielle und militärische Mittel“ für die

Institutionelles

- **Europäische Verteidigungsunion** durch Integration der nationalen Armeen und Einbettung in Strukturen der NATO, besserer Einsatz vorhandener Instrumente und Schaffung einer **„echten europäischen Sicherheitsunion“**
- Verbesserung des **Außen-grenzschutzes**
- Wirksamere Verteidigung der **Rechtsstaatlichkeit** durch konsequente Anwendung der bestehenden Möglichkeiten
- **Rücknahme und Unterbindung** der **„deutschen Übererfüllung** von europäischem Recht“ durch **„Anti-Gold-Plating-Gesetz“**
- **Reduktion von „EU-Bürokratie“** durch **„EU-Forechecking“** und **„Aktionsplan für weniger Bürokratie in Europa“**
- Betonung des **Subsidiaritätsgrundsatzes**

- Interessen** für global einheitliches starkes Auftreten
- **Europäische Verteidigungsunion** durch gut aufgestellte Verteidigungsindustrie und europäische Rüstungsexportpolitik
 - Verbesserung des **Außen-grenzschutzes** unter Gewährleistung rechtsstaatlicher und humaner Bedingungen, Stärkung der Kontrollrechte des EP bzgl. Frontex
 - Konsequenterer Einsatz und Weiterentwicklung bestehender **Schutzinstrumente bei Rechtsstaatsverstößen** (Vertragsverletzungsverfahren, Stimmrechtsentzug, finanzielle Sanktionen, unabhängiges Kontrollgremium für Einsatz der Instrumente)

- Weimarer Dreieck** stärken, Vision einer **Föderalen Europäischen Republik** mit eigener Verfassung
- Enge Zusammenarbeit in der EU zur **Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO**
 - **Reform des Rechtsstaatsverfahrens** nach Art. 7 EUV durch Einführung einer qualifizierten Mehrheit in allen Verfahrensstufen, Einführung des Konditionalitätsmechanismus in den nächsten EU-Haushalt zur Verhinderung der Finanzierung von Autokraten

- Enge **deutsch-französische Zusammenarbeit**; Stärkung von Formaten wie dem **Weimarer Dreieck** und Kooperation mit weiteren europäischen Partnern
- Tiefere **Zusammenarbeit mit UK** (besonders Sicherheit und Verteidigung)
- **Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO** durch engere Zusammenarbeit der EU-Partner in der NATO; **Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU**
- **Gesamteuropäischer verpflichtender Verteilungsschlüssel** für Schutzsuchende auf Grundlage des GEAS ausbauen und „echtes **Frontex-Update**“
- Stärkung des **Rechtsstaatsmechanismus** durch Ausweitung der Möglichkeiten des Einfrierens von EU-Geldern und Ausweitung auf die Verletzung aller Werte der Union
- **Reduktion von Bürokratie** durch **Abschaffung** von

- Unterstützung der Ukraine und „viele **Milliarden**“ für **„europäische Rüstungsschmieden“** sind **„nutzlos verschleudertes Steuer-geld“**
- Keine **Übererfüllung** von EU-Recht
 - **Konzentration auf Kernaufgaben**, die Mitgliedstaaten allein nicht leisten können (Austrocknen von Steueroasen, Verhinderung von Steuersenkungswettbewerb und Subventionswettbewerb, digitale Souveränität gegenüber Silicon Valley und China)

Institutionelles

- EU-Rechtsakten wie **Berichtspflichten aus dem "Green Deal"**
- Stärkere Achtung des **Subsidiaritätsprinzips** durch die EU und Einführung eines **Parlamentsvorbehalts** der Bundesregierung für Legislativvorschläge mit hohen Folgekosten

Finanzmarktregulierung

Finanzplatz Deutschland

- | | | | | |
|--|---|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Zügige Vertiefung der Kapitalmarktunion und Stärkung des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen • Deutschland soll perspektivisch Europas führender Finanzplatz werden • Ausbau der Gründungsfiananzierung und des Zukunftsfonds, attraktive steuerliche Bedingungen für Wagniskapital | <ul style="list-style-type: none"> • Vorantreiben der Banken- und Kapitalmarktunion • Stärkere Nutzung von „finanziellen Transaktionen“ i.S.v. Art. 115 GG für öffentliche und private Investitionen | <ul style="list-style-type: none"> • Rasche Vollendung der Kapitalmarkt- und Bankenunion • Europaweite Angleichung des Vertrags- und Insolvenzrechts für Finanzmarktakteure • Alle Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien angelegt werden • Booster für Gründer und Start-ups, Fortsetzung der | <ul style="list-style-type: none"> • Vertiefung der Banken- und Kapitalmarktunion, besser abgestimmte Finanzaufsicht, Harmonisierung des Insolvenzrechts • Deutschland zum Land der Aktionäre machen • Veräußerung von Staatsbeteiligungen • Besserer Zugang für Frauen zu Venture | <ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung großer, staatliche Unterstützung erhaltender Unternehmen in Stiftungsunternehmen • Ausstattung von innovativen Start-ups mit „geduldigem“ Kapital • Möglichkeit der Bargeldzahlung in Ämtern, Behörden und öffentlich beauftragten Unternehmen |
|--|---|--|---|---|

Finanzmarktregulierung

Finanzplatz Deutschland

- Schaffung einer **bürokratiereduzierten Gründer-schutzzone**.
- Der **Digitale Euro** muss **Bargeld ergänzen**, nicht die Finanzstabilität beeinträchtigen, die Privatsphäre der Verbraucher schützen und kostenlos sein

- **WIN-Initiative** für besseren **Zugang zu Wagniskapital** von jungen innovativen Unternehmen
- Bundesweite **Service-stelle** zur **Bündelung** von **Expertise** über den Missbrauch von **Kryptowährungen**

- **Capital** Fonds staatlicher Förderbanken
- Verbesserung der **steuerlichen Rahmenbedingungen für** in Wachstumsunternehmen/Start-Ups **investierende Kapitalgeber**, wie in der WIN-Initiative vorgeschlagen
- Der **digitale Euro** soll die **Privatsphäre** der Nutzer respektieren und **nicht aufgezwungen** werden
- **Begrüßung** von **Kryptowährungen** und Digital-Ledger-Technologien
- Für die Zulassung von **Krypto-ETFs**, offen für den Einsatz von Kryptowährungen als Währungsreserve
- Aufgabenspektrum der **BaFin** um „**Finanzmarkt-förderung**“ erweitern, um FinTech- und Krypto Innovationen besser zu unterstützen

EU-Finanzregulierung

- | | | | | |
|--|--|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Fortlaufende Prüfung der Regulierung der Kapitalmarktunion auf Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit außereuropäischen Finanzplätzen • „Maximal pragmatische“ Weiterentwicklung der EU-Taxonomie • Beibehaltung des Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken • Beibehaltung der Honorar- und Provisionsberatung | | <ul style="list-style-type: none"> • Entlastung von kleinen Banken und Finanzmarktakteuren von unnötig kleinteiliger Bürokratie • Deutschland soll führende Rolle bei Verbesserung der Sustainable-Finance-Regulierung einnehmen, diese soll vereinfacht werden • Mindeststandards und Normen für nachhaltige Finanzprodukte • Faire und unabhängige Finanzberatung für Verbraucher in Finanzfragen • BaFin soll Greenwashing von Finanzprodukten überwachen | <ul style="list-style-type: none"> • Finanzmarktregulierung mit Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und „Level Playing Field“ • Überprüfung der Verhältnismäßigkeit bestehender Regulierungen • Für die Abschaffung von Berichtspflichten aus dem Green Deal, ausdrücklich die EU-Taxonomie • Ablehnung der Einführung einer Europäischen Einlagensicherung (EDIS) • Beibehaltung der Honorar- und Provisionsberatung | <ul style="list-style-type: none"> • Verbot des Einholens von Bonitätsauskünften bei Verträgen, die keine Kreditverträge sind • Stärkung des Verbraucherschutzes, um Benachteiligung der Kunden u.a. durch Banken zu unterbinden • Ausbau der Verbraucherzentralen zu „Marktwächtern“ |
|--|--|---|---|---|

Private Altersvorsorge

- | | | | | |
|---|--|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • „Frühstart-Rente“, der Staat legt monatlich 10 € pro Kind in ein kapitalgedecktes Altersvorsorge-depot an, welches ab 18 übernommen und bei Renteneintritt steuerfrei ausgezahlt wird | <ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge nur für kleine und mittlere Einkommensbezieher | <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines „Bürgerfonds“ für die private Altersvorsorge mit staatlicher Unterstützung für niedrige und mittlere Einkommen • Erhöhung der Freibeträge für Kleinsparer und | <ul style="list-style-type: none"> • Steuerlich gefördertes Altersvorsorge-depot, Kapitalanlage und Umschichtungen innerhalb des Depots sind bei Reinvestition steuerfrei • Wahlfreiheit für Selbstständige bei der | <ul style="list-style-type: none"> • Beendigung der Förderung privater Vorsorgemodelle, keine „Spekulation“ mit der Rente am Aktienmarkt |
|---|--|--|--|---|

Private Altersvorsorge

- Einführung einer **verbindlichen Altersvorsorge** für sonst **nicht** ausreichend **abgesicherte Selbstständige**

dynamische Anpassung an die Inflation

Altersvorsorge; Zugang zur geförderten privaten Altersvorsorge soll offen sein für alle Erwerbstätigen

Verkehr

Automobilwirtschaft & E-Mobilität

- **Rückgängigmachen des Verbrenner-Verbots**
- **„Technologieoffenheit“** für alternative Antriebe neben E-Mobilität, z. B. E-Fuels, Wasserstoff, nachhaltige Biokraftstoffe
- **„Überprüfen“** der **Flottengrenzwerte**, Verhinderung von **Strafzahlungen**
- Ausbau der **Ladeinfrastruktur** für E-Mobilität
- Senkung von **Transportkosten** durch Reduktion von CO₂-Preis und CO₂-Zuschlag im Transportgewerbe
- **Weiterentwicklung des Güterverkehrs** durch

- **Elektromobilität als Zukunft des Autos**, Fokus der Technologie bei Autos zweifelsfrei auf Elektrifizierung (Wasserstoff für energieintensive Industrien wie Stahl, E-Fuels bei Schiff- und Luftfahrt)
- Neue **Förderung für privaten E-Auto-Kauf** durch befristeten Steuerabzugsbetrag für in Deutschland produzierte E-Autos und **Leasingmodelle**
- **Förderung für gewerbliche Nutzung** durch bessere **Abschreibungsbedingungen** und

- Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Auto **global längst zugunsten der Elektromobilität entschieden**; ab 2035 nur noch klimafreundliche Antriebe; nachhaltige Kraftstoffe für Luft- und Schiffsverkehr
- **„Sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize“** für Elektromobilität, jedoch nur bei **Produktion in Europa** mit hohen **sozialökologischen Standards**
- Staatliche Unterstützung für Menschen mit **kleineren und mittleren**

- **Ablehnung des Verbots des Verbrennungsmotors** (Erhalt mit erneuerbaren Kraftstoffen) und **Gleichstellung** erneuerbarer Kraftstoffe mit Elektro- und Wasserstoffmobilität bei Regulatorik, Besteuerung und Förderung; **„Technologieoffenheit“**
- **Abschaffung der EU-Flottengrenzwerte**, Anrechnung von erneuerbaren Kraftstoffen auf Flottengrenzwerte
- Bedarfsgerechter und marktwirtschaftlicher Ausbau der **Ladeinfrastruktur**

- **Rücknahme des Verbrenner-Verbots**, stattdessen Förderung neuer Antriebstechnologien und alternativer Kraftstoffe sowie sparsamer Verbrennermotoren; Berücksichtigung **„effizienter Mischtechnologien“**
- **„Im Bereich der E-Mobilität müssen preisgünstige Modelle angeboten werden“**; **„Volksleasing“** für **„umweltfreundliche Fahrzeuge aus europäischer Produktion“** inklusive verbrauchsarmer Verbrenner
- **„Ladeinfrastruktur nicht ausreichend vorhanden“**

Verkehr

Automobilwirtschaft & E-Mobilität

emissionsfreien Lastenverkehr, Schiene, Wasserstraßen und neue Technologien;

- Reformierung der **Berufskraftfahrerqualifikation**
- **Digitale Kfz-Anmeldung** als bundesweit einheitlicher Standard

Änderungen bei der **Dienstwagenbesteuerung**

- Verlängerung der **Kfz-Steuerbefreiung** für E-Autos bis 2035
- Keine **Strafzahlungen** im Zusammenhang mit **CO2-Flottengrenzwerten**
- Flächendeckender Ausbau der **Ladeinfrastruktur**
- **Förderung** der Beschaffung **klimafreundlicher Lkw** und Nahverkehrsbusen

Einkommen bei E-Auto-Kauf (Ladekarte für Tanken an öffentlichen Ladesäulen, steuerliche Förderung, **Social-Leasing-Programm**)

- Reformierung des **Dienstwagenprivilegs** mit Anreizen für klimaneutrale Mobilität
- **Keine Abschwächung der EU-Flottengrenzwerteverordnung**, mögliche **Strafzahlungen** ggf. strecken und für Hochlauf der E-Mobilität durch europäische Programme nutzen
- Gezielte Förderung für die **Ladeinfrastruktur**
- Beenden "überzogener Preise an Ladesäulen durch straffe Anwendung des EU-Rechts" und Stärkung des Verbraucherschutzes

„statt nach starren staatlichen Vorgaben“ auch durch private Investitionen

- **Digitalisierung** von Führerschein und Fahrzeugpapieren (digitale Kfz-Zulassung)

Verkehrsinfrastruktur

- | | | | | |
|--|---|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Solide Finanzierung der Infrastruktur durch dauerhafte Finanzierungsstabilität, Kurzfristige Mobilisierung von starken Anreizen für private Investoren • Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben etwa durch einfachere Zulassungsverfahren und zügige behördliche Prüfung | <ul style="list-style-type: none"> • Neuer Bundesmobilitätsplan für Sanierung der Infrastruktur; keine Privatisierung der Daseinsvorsorge (Infrastruktur, DB) • Nationale Hafenstrategie und Modernisierung der Schiffsflotten | <ul style="list-style-type: none"> • Verlässliche Finanzierung und Realisierung der Grundsanierung der Verkehrsinfrastruktur mit Deutschlandfonds; Erarbeitung eines integrierten Bundesmobilitätsplans • Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren bereits erfolgt, nun konsequente Umsetzung und Finanzierung | <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der "verkehrsträgerbezogenen Finanzierungs-kreisläufe" (eigene Einnahmen für Autobahn GmbH durch Lkw-Maut, Öffnung für private Investitionen) • Halbierung der Planungszeiten für alle Infrastrukturprojekte und bundeseinheitliche Standardisierungen | <ul style="list-style-type: none"> • Sanierung und Ausbau der Infrastruktur, "mehr Geld für den Straßenbau und für die Erneuerung von Brücken"; "groß angelegtes Investitionsprogramm" finanziert durch Reform der Schuldenbremse |
|--|---|---|--|--|

Bahn und Schiene

- | | | | | |
|---|--|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Verschlinkung und Neuaufstellung der Deutschen Bahn: stärkere Trennung von Infrastruktur- und Transportbereich für mehr Wettbewerb • Hauptfinanzierung von Instandhaltung, Ausbau und Modernisierung des Schienennetzes durch den Bund • Besonderes Augenmerk auf grenzüberschreitende Infrastruktur | <ul style="list-style-type: none"> • Erhalt der Deutschen Bahn als integrierter Konzern im öffentlichen Eigentum • Weiterentwicklung der gemeinwohlorientierten Infrastruktursparte DB InfraGO und des Gesamtkonzerns | <ul style="list-style-type: none"> • Sanierung und Ausbau des maroden Schienennetzes "mit Hochdruck" und "im erforderlichen Maß" • Ausbau des Schienengüterverkehrs, Verlagerung von Straßentransport auf die Schiene | <ul style="list-style-type: none"> • Herauslösung des Netzes aus dem DB-Konzern in eigenständige GmbH in Bundeseigentum und Privatisierung des Bahnbetriebs • Auflösung der DB Holding und Bündelung der Finanzierungsinstrumente in einen Schienefonds • Konzentrierung der Finanzmittel des Bundes auf Infrastrukturbereich | <ul style="list-style-type: none"> • Keine Privatisierung der Deutschen Bahn; Konzentration auf Kernaufgaben (Nah- und Fernverkehr, Gütertransport) • Stärkung des Güterverkehrs der Bahn durch Senkung der Trassenpreise und Ausbau der Kapazitäten des Gütertransports |
|---|--|---|--|---|

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
----------------	------------	-----------------------	------------	------------

Bahn und Schiene				
			<ul style="list-style-type: none"> • Öffnung des Fernverkehrs für mehr Wettbewerb 	

Allgemeine verkehrspolitische Positionen				
<ul style="list-style-type: none"> • Individualverkehr und ÖPNV gemeinsam barrierefrei denken, sinnvolle Ergänzung von Bus, Bahn, Schiff, Flugzeug, Auto, Rad- und Fußverkehr • Ablehnung eines generellen Tempolimits für Autobahnen • Automobilindustrie als Leitindustrie erhalten, individuelle Mobilität als "Inbegriff von Freiheit", daher Ablehnung von "Anti-Auto-Haltung", Fahrverboten für Innenstädte, Umwidmungen von Parkplätzen und Tempolimit (s. o.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Reformierung des Straßenverkehrsrechts und "Vision Zero" für bessere Intermodalität der Verkehrsmittel • Gemeinsame Finanzierung des ÖPNV mit Ländern und Kommunen mit Regionalisierungsmitteln des Bundes • Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit durch Stadtumbau und Erneuerung von Regelwerken nach dem Leitbild "Vision Zero" (komplette Vermeidung von Verkehrstoten) • Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße auf europäisches Niveau bringen • "Sicherheitstempo von 140 km/h auf Autobahnen als generelles Tempolimit" 	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung des Straßenverkehrsrechts weiter vorantreiben; Zulassung automatisierter Fahrsysteme aller Entwicklungsstufen • Ablehnung eines allgemeinen Tempolimits auf Autobahnen • Stärkung des automobilen Kulturguts 	<ul style="list-style-type: none"> • "Schluss machen mit der Autofeindlichkeit"

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
Umwelt				
<ul style="list-style-type: none"> • Kein grundsätzliches Verbot von per- und polyfluorierten Chemikalien (PFAS), Forschung für Ersatzstoffe und geschlossene Kreisläufe • Vorantreiben der Endlager-suche für Atommüll • Ausgleichspflicht für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes; Pflichtversicherung für Elementarschäden • Erhaltung von Arten und Lebensräumen durch Aufwertung von Schutzgebieten und Vernetzung der Lebensräume • Konsequente Bestrafung von Umweltkriminalität, Weiterentwicklung der Regeln für Handel mit internationalen Umwelt- und Klimazertifikaten 	<ul style="list-style-type: none"> • Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel (Begrünung und Entsiegelung, Ausbau von Wasserflächen etc.) • Flächenplanung zum Schutz von Wildnis- und Kulturlandschaften, heimischer Arten und Ermöglichung von konfliktfreiem Miteinander von Land- und Energiewirtschaft, Tourismus, Industrie, Wohnen und Naturschutz • Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Sicherung der Ökosystemleistungen der Wälder für kommende Generationen • Konstruktive Begleitung und Beschleunigung des Endlager-Suchverfahrens 	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Bundesmittel für die Klimavorsorge • Unbürokratische und schnellere Ausweisung von Naturschutzgebieten und Biotopverbänden • Reform der REACH-Regelung; risikobasierter Ansatz, Ersatz der "Ewigkeitschemikalien" • Bundeswaldgesetz für natur- und klimaverträglicher Holznutzung • Stärkere Beteiligung von Kunststoffherstellern an den Umweltkosten von Verpackungsmüll, kein vermeidbarer Verpackungsmüll mehr ab 2045 	<ul style="list-style-type: none"> • Ersatzgeldzahlungen statt realer Kompensation durch Ausgleichsflächen bei Bauvorhaben, die neue Flächen nutzen • Schaffung von Handlungsspielräumen für nachhaltige Waldwirtschaft • "Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote", marktwirtschaftlichere und technologieoffenere Ausgestaltung des gesetzlichen Rahmens • "Populationsschutz statt kleinteiligem Individuenschutz"; Reform des Verbandsklagerechts um nachträgliche Behinderung von Bauvorhaben zu verhindern 	<ul style="list-style-type: none"> • Produktionsintegrierte Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen für Bauvorhaben mit landwirtschaftlichen Betrieben vor Ort • Aufforstung von Wäldern mit anpassungsfähigeren Baumarten

Unternehmensrecht

Berichtspflichten

- | | | | | |
|---|--|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Statistikpflichten und Doppelstrukturen • Setzen auf digitale Anwendungen und repräsentative Aussagen • Grundsatz des Einmal-Reicht-Ansatzes • Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes • Belastungen einen Riegel vorschieben, etwa bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) • Ablehnung von Parallelregulierung auf europäischer und nationaler Ebene • Entschärfung der EU-Taxonomie für Forst- und Landwirtschaft | <ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Bürokratie durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten • EU-Lieferkettenrichtlinie hat klare Regelungen und gleiche Voraussetzungen für alle Unternehmen geschaffen • Unterstützung des Green Deal | <ul style="list-style-type: none"> • Bewahrung hoher Standards bei sozialer Gerechtigkeit, Klimaschutz, Naturschutz, Menschenrechten • Bewahrung der heimischen Wirtschaft vor einem schädlichen Unterbietungswettbewerb • Schutz vor Ausbeutung und Umweltzerstörung in anderen Ländern • Beendigung der missbräuchlichen Nutzung von Schiedsgerichten • EU-Lieferkettenrichtlinie ist eine große Errungenschaft, unbürokratische Umsetzung in deutsches Recht • Green Deal als Rahmen für fairen Wettbewerb in Europa durch klimapolitische und ökologische Leitplanken | <ul style="list-style-type: none"> • Drastische Reduzierung von Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten • Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie • Ablehnung der Erweiterung der Taxonomie um eine Sozial-Taxonomie • Abschaffung der Berichtspflichten aus dem Green Deal als Ziel auf EU-Ebene • Vollständige Abschaffung von EU-Taxonomie-Richtlinie, CSRD, CSDDD, Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft | <ul style="list-style-type: none"> • Konsequente Entlastung des Mittelstandes von bürokratischen Auflagen • Abbau unnötiger Regeln, Prozesse und Auflagen • Vereinfachung von Verfahren • Reform des Lieferkettengesetzes, um das Verhältnis von Aufwand und Nutzen zu verbessern • Gestaltung der Schwellenwerte für kleine und mittlere Unternehmen so, dass diese stärker von Berichts- und Dokumentationspflichten befreit werden • Sofortige Aussetzung der Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung • Ablehnung der Übererfüllung europäischer Standards im nationalen Recht |
|---|--|---|--|---|

Bürokratieabbau

- | | | | | |
|--|---|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Beschluss von Jahresgesetzen zum Bürokratieabbau als „echte Entrümpelungsgesetze“ • Beweislastumkehr bei Dokumentationspflichten • Ersetzen von regelmäßigen Nachweisen durch ein Anzeigerecht von Verstößen • Versehen von Gesetzen und Regelungen mit einem Verfallsdatum, wo sinnvoll möglich • Gründerschutzzone, die in der Startphase weitgehend von bürokratischen Vorschriften befreien soll | <ul style="list-style-type: none"> • Kappung unnötiger Bürokratie • Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten | <ul style="list-style-type: none"> • Skalierung des Instruments Praxischeck zum Abbau unnötiger Bürokratie | <ul style="list-style-type: none"> • Jahresbürokratieabbau-gesetz, um einen Abbau-Pfad für überflüssige Regelungen zu schaffen • Befristung von Gesetzen mit einer Sunset-Klausel • Einführung eines bürokratiefreien Jahrs, in dem Betriebe keine Berichtspflichten erfüllen müssen • Bürokratiebremse im Grundgesetz, Forderung nach einem sofortigen dreijährigen Bürokratiemoratorium • Reduzierung des Erfüllungsaufwandes für Unternehmen um mindestens 6 Milliarden EUR im Saldo pro Legislaturperiode • Schriftformerfordernisse nur noch als Ausnahme | <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines nationalen Tags der Entrümpelung, der zweimal im Jahr stattfindet • Fokussierung von Behördenmitarbeitern und Führungskräften auf Regeln und Richtlinien, die nicht mehr gebraucht werden • Fokussierung von Behördenmitarbeitern und Führungskräften auf Verfahrens- und Prozessbeschleunigung • Ablehnung der Pflicht zur elektronischen Rechnungsstellung und elektronischen Budgetierung |
|--|---|--|---|---|

Vergaberecht

- | | | | |
|--|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Anpassung der europäischen Definition von kleinen und mittleren Unternehmen | | <ul style="list-style-type: none"> • Entlastung i.H.v. über einer Milliarde Euro für Vergabestellen der Kommunen und Wirtschaft durch | <ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung des Vergaberechts durch Anhebung der Direktauftragsgrenzen auf 100.000 EUR |
|--|--|--|---|

Vergaberecht

- **Heraufsetzen der Schwellenwerte** für öffentliche Aufträge

- **Modernisierung des Vergaberechts**
- **Anhebung der Direktauftragsgrenzen**, um Vergabestellen der Kommunen zu entlasten
- Bessere Berücksichtigung von **StartUps** bei der Vergabe

- **Ablehnung** der Berücksichtigung von **vergabefremden Kriterien**
- **Mittelstandsfreundliche Ausschreiben** für Informationstechnologien im Bereich der Justiz

Gesellschaftsrecht

- Modernisierung und Flexibilisierung des **Aktienrechts**
- Ausweitung der Möglichkeiten von **Kapitalerhöhungen**
- Herabsetzung des **Mindestnennwerts** von Aktien
- Erhöhung der Kundenorientierung und Transparenz bei **Produktinformationsblättern**

- Angleichung der **Förderung von gemeinwohlorientierten Unternehmen** an die Förderung für andere Gründer
- Fortführung der **Nationalen Strategie für Soziale Innovationen** und gemeinwohlorientierte Unternehmen

- **Reform des aktienrechtlichen Spruchverfahrens**: Zulassung des **Mehrheitsvergleichs** und Abfindung in Aktien
- **Zulassung des Spruchverfahrens** bei der übernehmenden Gesellschaft eines Umwandlungsvorganges
- **Kapitalsammelstellen** sollen stärker **in Aktien und Venture Capital investieren** können
- Schaffung einer Beteiligungsform für **Mitarbeiterkapital- und Gewinnbeteiligungen** ohne

Gesellschaftsrecht

gesellschaftsrechtliche Einflüsse, wie Stimmrecht oder notarielle Beglaubigungspflicht

Arbeitsrecht

Mindestlohn

- | | | | | |
|---|---|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Bekenntnis zum gesetzlichen Mindestlohn, Ablehnung eines politischen Mindestlohns und einer Mindestlohnentscheidung im Bundestag • Lohnfindung muss Sache der Sozialpartner sein | <ul style="list-style-type: none"> • Orientierung des Mindestlohns an der europäischen Richtlinie, also mindestens 60% des mittleren Einkommens in Deutschland • Sicherstellung der Berücksichtigung dieser Grenze durch die Mindestlohnkommission • Mindestlohn in Höhe von 15 EUR spätestens ab 2026 • Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in deutsches Recht bis 2026 • Weiterentwicklung des deutschen Entgelttransparenzgesetzes in ein Lohn-gerechtigkeitsgesetz | <ul style="list-style-type: none"> • Mindestlohn in Höhe von 15 EUR im Jahr 2025 • Geltung des Mindestlohns auch für unter 18-Jährige • Entschiedenenes Vorgehen gegen Missbrauch von Werkverträgen und Schwarzarbeit • Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie, zügig und vollständig • Voranbringen und Einklagbarkeit von Gleichstellungsregeln | <ul style="list-style-type: none"> • Respekt vor der Tarifautonomie • Ablehnung von politischen Eingriffen in die Arbeit der unabhängigen Mindestlohnkommission • Vereinfachung von Mindestlohn-Dokumentationspflichten und Verlagerung auf das Monatsende • Aufbau schlagkräftiger Strukturen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit | <ul style="list-style-type: none"> • Unverzügliche Anhebung des Mindestlohns auf 15 EUR • Orientierung an der EU-Mindestlohnrichtlinie • Schaffung gesetzlicher Grundlagen, um Mini- und Midijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen • Beendigung des Missbrauchs von Werk- und Leiharbeit |
|---|---|---|--|---|

Tarifpolitik

- | | | | | |
|--|--|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Ziel ist eine höhere Tarifbindung • Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen • Zentrale Rolle der Sozialpartner im Tarifausschuss • Mehr Tariföffnungsklauseln, um flexible Pauschalregelungen für Mitarbeiter und Betriebe zu ermöglichen • Unterstützung der Bereitschaft zur Tarifbindung durch Änderungen im Tarifvertragsgesetz • Schutz der positiven und negativen Koalitionsfreiheit | <ul style="list-style-type: none"> • Gerechtere Einstufung und Bezahlung durch mehr Tarifbindung • Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen • Schaffung eines Bundestariftreuegesetzes, sodass öffentliche Aufträge des Bundes nur noch von Unternehmen mit Tarifvertrag vergeben werden • Einsatz für ein europäisches Tariftreuegesetz für europäische öffentliche Aufträge | <ul style="list-style-type: none"> • Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen • Schaffung eines Tariftreuegesetzes, wonach öffentliche Aufträge des Bundes „in der Regel“ an Unternehmen mit Tarifvertrag vergeben werden | <ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung des Bundestariftreuegesetzes | <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Tarifbindung • Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen • Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen nur noch an Unternehmen, die Tariflöhne zahlen |
|--|--|--|---|---|

Betriebliche Mitbestimmung, Gewerkschaften, Streikrecht

- | | | | | |
|---|---|--|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Prüfen weiteren Handlungsbedarfs über das Betriebsrätemodernisierungsgesetz hinaus • Sicherstellung der Möglichkeit, Betriebsräte zu gründen | <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Transfergesellschaften für kleinere Unternehmen • Schaffung eines gesetzlichen Mindestkatalogs für zustimmungsbedürftige Geschäfte im Aufsichtsrat | <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Mitbestimmungsrechte bei Klima- und Umweltschutz, Qualifizierungsmaßnahmen und Gleichstellung im Betrieb | <ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung des Streikrechts • Verpflichtende Schlichtungsvereinbarung zu Beginn der Tarifverhandlungen in kritischen Bereichen, wie Transportwesen, Gesundheitswesen, | <ul style="list-style-type: none"> • Erleichterung von Betriebsratsgründungen • Verbesserung des Kündigungsschutzes für Initiatoren von Betriebsratswahlen • Beteiligung der Beschäftigten bei strategischen |
|---|---|--|--|--|

Betriebliche Mitbestimmung, Gewerkschaften, Streikrecht

<ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung von Online-Betriebsratssitzungen und Online-Betriebsratsversammlungen als gleichwertige Alternative zu Präsenzformaten • Verankerung der Option zur Online-Wahl im Betriebsverfassungsgesetz • Klarstellung digitaler Zugangsrechte in Anlehnung an bestehende analoge Zugangsrechte der betrieblichen Mitbestimmung 	<ul style="list-style-type: none"> • Schließung von „Schlupflöchern“ im Aufsichtsrat, wie bspw. bei der „Aushebelung der Mitbestimmung durch europäisches Gesellschaftsrecht“ • Reform des Betriebsverfassungsgesetzes • Einführung eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften • Absage an alle Versuche, das Streikrecht einzuschränken 		<p>Sozialversorgung, Kindertagesstätten, Energie, Brand- und Zivilschutz sowie Abfallentsorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mindestankündigungsfristen und Notbetriebs-Sicherstellung • Möglichkeit zur mitbestimmungsfreien Einführung digitaler Systeme in Betrieben bei gewährleistetem Schutz von Arbeitnehmern 	<p>Unternehmensentscheidungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schließung von „Schlupflöchern“ aus den Mitbestimmungsstandards“, wie bspw. durch Rechtsformumwandlung in eine europäische Aktiengesellschaft
--	---	--	--	---

Arbeitszeit

<ul style="list-style-type: none"> • Beseitigung von Hürden für Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit von Frauen in Teilzeit • Geltung einer wöchentlichen Höchst Arbeitszeit im Sinne der europäischen Richtlinie, statt einer täglichen Höchst Arbeitszeit • Anpassung von Formerfordernissen an die Praxis 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung des Bedürfnisses nach flexiblen Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung und mehr Wahloptionen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf • Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Gesundheitsberufen • Modernisierung von Arbeitszeitmodellen 	<ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung und Manipulationssicherung bei der Erfassung von Arbeitszeiten in Branchen, die von Schwarzarbeit betroffen sind • Verbesserung flexibler Arbeitszeitmodelle und des Rückkehrrechts in Vollzeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des Arbeitszeitgesetzes • Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing, Topsharing, Homeoffice • Ermöglichung flexibler Arbeitszeitmodelle durch eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit, Beibehaltung der Summe täglicher Ruhezeit 	<ul style="list-style-type: none"> • flexible Arbeitszeitmodelle in der Verwaltung
---	--	---	---	--

Arbeitszeit

- Anpassung des **Arbeitszeitgesetzes**
- Abschaffung des Vorbeschäftigungsverbots nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze
- Steuerbefreiung von Überstundenzuschlägen

- Anpassung von **Ruhezeitregelungen** durch **Öffnungsklauseln**
- **Ablehnung** gesetzlicher Regelungen für eine **Vier-Tage-Woche** bei vollem Lohnausgleich
- Möglichkeit zur verbindlichen Übertragung der **Arbeitszeitaufzeichnung** an Arbeitnehmer

Vertragsrecht & weiteres Arbeitsrecht

- Lockerung der **Schriftformerfordernisse** im Arbeitsrecht
- Rechtssicherheit für **mobiles Arbeiten** und **Homeoffice** durch Ausnahme von der Arbeitsstättenverordnung und Definition des Homeoffice als Unterfall des mobilen Arbeitens
- Vereinfachung der **Vereinbarkeit von Selbstständigkeit und Familie**

- **Verhinderung der Gefährdung** von Arbeitnehmerrechten, Verbraucherrechten, Zielen des ökologischen Wandels beim Bürokratieabbau
- Abschaffung der **sachgrundlosen Befristung** von Arbeitsverträgen
- **Arbeitsplatzerhalt** in schwierigen Phasen, bspw. durch gute Regelungen für **Kurzarbeit**

- Angebot eines **gesetzlichen Rahmens**, der **flexible Lösungen** und passgenaue Regelungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet und dabei die Betriebe nicht überfordert
- Entschiedenenes Vorgehen gegen **Scheinselbstständigkeit**, bspw. bei Plattformunternehmen

- **Entschlackung** des Arbeitsrechts
- Ermöglichung **digitaler Arbeitsverträge** in allen Branchen
- Geltung des Arbeitsschutzgesetzes statt der Arbeitsstättenverordnung bei **Homeoffice** und mobiler Arbeit
- Unterstützung von Arbeitgebern bei der Berechnung des eigenen **Gender Pay Gap** und Umsetzung von Angleichungsmaßnahmen

- Reduzierung der **Befristungen mit Sachgrund**
- Ablehnung von **sachgrundlosen Befristungen** und **Kettenbefristungen**

Rechtspolitik

Justiz

- | | | | | |
|--|---|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Neuer Pakt für den Rechtsstaat für bessere Ausstattung der Gerichte • Digitalisierungsschub und schnellere Gerichtsverfahren sowie Unterstützung des Personals durch technische Prozesse und KI • Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Infrastrukturvorhaben, Kürzung des Instanzenwegs auf zwei Instanzen wo möglich und sinnvoll | <ul style="list-style-type: none"> • Pakt für den Rechtsstaat zur besseren personellen und materiellen Ausstattung der Justiz • Digitalisierung der Justiz mit bundesweit kompatiblen Systemen fortsetzen • Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen | <ul style="list-style-type: none"> • Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat zur besseren Ausstattung der Gerichte und Digitalisierung der Justiz • Online-Verfahren für Zivilprozesse von Klage bis Urteil • Gruppenklage zur gemeinsamen Durchsetzung gleichartiger Ansprüche und Entlastung der Zivilgerichte in Massenverfahren | <ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung von Gerichten und Verfahrensrecht, z. B. durch Online-Gerichtsverfahren bei geringen Streitwerten oder Schaffung ständiger Online-Schiedsgerichtshöfe auch für Verbraucher • Unterstützung der richterlichen Tätigkeit durch KI • KI-gestütztes Vorverfahren bei Masseverfahren im Zivilprozess) und Erprobung neuer Technologien • Aufzeichnung der Gerichtsverhandlungen im Strafprozess • Öffentlich einsehbare Datenbank für anonymisierte Entscheidungen aller Rechtsgebiete • Präzisierung des Rechtsrahmens für Legal-Tech-Unternehmen | <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Personal in Justizbehörden und Reduzierung der Verfahrenszahlen durch Reformen, insbesondere des Strafrechts |
|--|---|---|---|---|

Wirtschaftsstrafrecht

- | | | | | |
|--|--|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Konsequenterer Bekämpfung von Geldwäsche und Abschöpfung von Verbrechensgewinnen (vollständige Beweislastumkehr bei Einziehen von Vermögen unklarer Herkunft) • Schaffung einer Zollpolizei zur Bündelung der Kompetenzen im Bereich Finanzkriminalität • Stärkung der Bund-Länder-Initiative zur Bekämpfung der Clankriminalität | <ul style="list-style-type: none"> • Entschiedenere Vorgehen gegen Geldwäsche und effektive Bekämpfung der Vermögensverschleierung • Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechts zur Unterbindung des Mietwuchers • Lückenschließung im Transparenzregister | <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung von Geldwäsche durch Ausbau des Bundesamts zur Bekämpfung der Finanzkriminalität zu einer Finanzpolizei • Deutliche Steigerung der Kapazität und Kompetenz auf Bundesebene zur Verfolgung schwerer Finanzkriminalität • Einrichtung einer Service-stelle für Expertise über Missbrauch von Kryptowährungen • Weiterentwicklung des Transparenzregisters für Unternehmen, um Vermögenseinziehung zu erleichtern | <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung von Finanzkriminalität durch den Aufbau „schlagkräftiger Strukturen“, insb. einer Stärkung des Zolls und der Zollämter vor Ort • Bekämpfung der Clankriminalität durch Unterbindung von Geldwäsche und konsequenter Einziehung von Vermögen aus Straftaten, u. a. durch Ausbau der internationalen Zusammenarbeit von Polizei und Justiz und Stärkung der Kontrollen unterschiedlicher Behörden | <ul style="list-style-type: none"> • Bessere Ausstattung der Polizei für Bekämpfung von Clankriminalität |
|--|--|---|---|---|

Verwaltung

- | | | | | |
|---|--|--|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Beschleunigung von Planung, Genehmigung und Umsetzung für alle Bereiche u. a. durch Genehmigungsfiktion für Anträge; größere Rolle der Präklusion | <ul style="list-style-type: none"> • Genehmigungsfiktion für Anträge (automatische Genehmigung, wenn Behörde nicht innerhalb Frist reagiert) insbesondere für Bau- und Investitionsprojekte • Zentrale ressortübergreifende Strategien | <ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung und Automatisierung sowie Einsatz von KI für effizientere Verwaltungsprozesse und Verkleinerung der Ministerialverwaltung • Erhöhung des Ermessensspielraums der | <ul style="list-style-type: none"> • Mehr mit Genehmigungsfiktionen und Stichtagsregelungen arbeiten • Reduktion der Anzahl an Bundesministerien und Behörden sowie der gesamten nachgeordneten Behördenlandschaft | <ul style="list-style-type: none"> • Abbau „unnötiger Stellen“ in Ministerien und Aufbau an anderer Stelle (Service für Wirtschaft und Bürger), Abschaffung der Beauftragten in Ministerien und ggf. in |
|---|--|--|---|--|

Verwaltung

- **Größerer Ermessensspielraum** für Verwaltung u. a. durch **Experimentierklausel** für unbürokratische Erprobungsräume
- **Neue Fehlerkultur**, Anpassung von Maßnahmen mithilfe **Digitalisierung** für strategische und datenbasierte Politik
- **Digitaler Vollzug** als Standard, z. B. konsequente Umsetzung des "Once Only"-Prinzips
- **Basisregister** für Unternehmen und **einheitliches Unternehmenskonto**

(Missionsorientierung) zur besseren Vernetzung der Ministerien bei komplexen Themen

Verwaltung für Innovationskultur, mehr antragslose Verfahren, risikobereite Entscheidungen, Experimentierfreude, Einsatz moderner Technik

- **Registermodernisierung** und **-vernetzung** für **einmalige Datenerhebung** bei der Verwaltung, entsprechende **Datentools** der Behörden und eigene sichere **Cloud**

- Stärkung der **Ermessensausübung** und **Eigenverantwortlichkeit** auf allen Ebenen
- **Digitalisierung** der Verwaltung (Einbeziehung von KI, eigenständiges Digitalisierungsministerium, Föderalismusreform, „Digital First“ als Leitprinzip)
- **Zentrale digitale Anlaufstellen** für wirtschaftsrelevante Genehmigungen und digitale Identität für nur einmalige Datenübermittlung („Once Only“-Prinzip)

Organisation der Ministerien integrieren

- Zentrales Online-Portal für Bürger und Unternehmen als **"One-Stop-Shop"**, um Daten nur einmal eingeben zu müssen ("Once-Only"-Prinzip)
- **Kontinuierliche Zufriedenheitsbewertung** für alle Behörden durch die Bürger

Immobilienrecht

Wohneigentum & Mietpolitik

- Einsatz für wirksamen und angemessenen **Mieterschutz** inklusive **Regeln zur Miethöhe**

- Entfristung der **Mietpreisbremse**, Verhinderung der Umgehung durch (teil-) **möblierte** und **befristete Wohnungsangebote**

- Verlängerung der Mietpreisbremse: Anwendung auf Wohnungen, die älter als fünf Jahre sind

- Auslaufen der „Innovationsbremse“ Mietpreisbremse
- Durchbrechung der „staatlichen Regulierungsspirale im Mietmarkt“, um Neubau zu schaffen

- Forderung nach einem **bundesweiten Mietendeckel** statt einer wirkungslosen Mietpreisbremse
- Regionales **Einfrieren von Mieten** bis Ende des

Immobilienrecht

Wohneigentum & Mietpolitik

- Problematisierung der hohen **Mieten in Ballungszentren**

- Verhinderung der Zweckentfremdung und des Leerstandes von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung
- Gestattung von Mietsteigerungen in Höhe von maximal 6% in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt
- Ausweitung der **Mietpiegel-Betrachtungszeit** auf zehn Jahre
- Steigerung der Transparenz bzgl. Bestandsmieten und Neuvermietungs-mieten
- Transparentere und nachvollziehbarere **Nebenkosten** für Mieter
- Koppelung von **Indexmietverträgen** an die Nettokaltmieten-Entwicklung, statt an die Inflationsrate

- Unterstützung von Familien bei der Erfüllung des „Traums vom Eigenheim“

- Verstetigung des Programmes „Jung kauft Alt“

- Begrenzung von Mietanstiegen über die ortsübliche Vergleichsmiete hinaus
- Verlängerung des Betrachtungszeitraums zur **Ermittlung der Vergleichsmiete**
- Schließung von Schlupflöchern bei **möblierten Wohnungen** und **Ferienwohnungen**
- Ermöglichung eines **regionalen Mietsteigerungsstopps** für angespannte Wohnungslagen
- Verhinderung der „Vertreibung“ von Mietern aus ihren Wohnungen wegen zu starken Mietsteigerungen
- Besserer **Mieterschutz** vor Kündigungsmisbrauch, Eigenbedarfskündigungen oder Mietschuldenkündigung

- Stärkere Förderung des Kaufs von selbst genutztem Wohneigentum und der

- Ablehnung eines bundesweiten **Mietendeckels**
- Ausgewogene Regeln zwischen Mietern und Vermietern
- Vereinfachung des **Nebenkostenrechts**
- Neuregelung der CO2-Kostenverteilung
- Erhalt von Staffel- und Indexmietverträgen

- Normierung von **Options- und Mietkaufmodellen**

- Jahrzehnts, wo man sich mit einem „normalen Einkommen“ keinen „adäquaten Wohnraum“ leisten kann
- Gesetz zur besseren Bekämpfung von **Mietwucher**
- Vorgehen gegen stark überhöhte Mieten bei möblierten Zimmern
- Befürwortung einer strengeren **Regulierung der Umwandlung von Wohnungen** in gewerbliche Ferienwohnungen sowie Initiativen gegen Wohnungsleerstand

Immobilienrecht

Wohneigentum & Mietpolitik

<ul style="list-style-type: none"> Neuausrichtung von Förderprogrammen wie dem KfW-Zinsverbilligungsprogramm durch höhere Einkommensgrenzen und Einbeziehung von Bestandsimmobilienkäufen. 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung von „Einheimischen-Modellen“ und Konzeptvergaben bei der Vergabe von Bauland 	<p>Modernisierung leerstehender Wohnungen</p> <ul style="list-style-type: none"> Entlastung bei Nebenkosten, wie Makler- und Notargebühren. 	<p>zum Erwerb von Wohneigentum</p> <ul style="list-style-type: none"> Möglichkeit der Nutzung von Mitteln aus der betrieblichen Altersvorsorge für den Eigentumserwerb nach Schweizer Vorbild 	
<ul style="list-style-type: none"> Entlastung der Mieter bei der Grundsteuer durch Einschränkung der Umlagefähigkeit durch den Eigentümer auf die Mieter. Anreize für langfristige Investitionen in Immobilien 			<ul style="list-style-type: none"> Sonderabschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und Immobilien, angelehnt an das frühere Fördergebietsgesetz Sofortige Abzugsfähigkeit der Erwerbsnebenkosten von fremdgenutzten Immobilien 	<ul style="list-style-type: none"> Belastungsmoratorium für „normale“ Eigenheimbesitzer und Mieter

Baurecht

<ul style="list-style-type: none"> Grundlegende Entschlackung des Bau- und Raumordnungsrechts Beschleunigung der Planungs- und 	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung des privaten Wohnungsbaus durch Bürokratieabbau und gute Rahmenbedingungen für private Investitionen 	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung von Rahmenbedingungen für schnelles, möglichst preiswertes und klimaverträgliches 	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten im Wohnungsbau 	<ul style="list-style-type: none"> Eindämmung der Spekulation mit Bauland Förderung einer aktiven, langfristigen Bodenpolitik
---	--	---	---	---

Baurecht

<p>Genehmigungsverfahren, dadurch Senkung der Planungs- und Nebenkosten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konzentration der Wohnungsbauförderung auf den Geschosswohnungsbau in angespannten Wohnungsmärkten. • Erlass eines Baukostenmoratoriums: keine neuen Standards, die Baukosten ohne nennenswerten Mehrwert erhöhen. • Kostengünstigeres, sicheres Bauen durch Gebäudetyp E • Dauerhafte Bauerlaubnis, wo bisher nur vereinfachtes Bauen nach Sonderregelungen erlaubt war • Stärkung der Nutzung von Brach- und Konversionsflächen bundeseigener Grundstücke • Nutzung eines Mix aus (Innen-)Verdichtung, Neubaugebieten und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden • Beibehaltung und Förderbefähigung des Energieeffizienzstandards 	<ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierungsschub für die Bauverwaltung • Senkung der Baukosten • Hebung der Potenziale des seriellen Bauens • Weiterentwicklung vereinfachter Baustandards wie dem Gebäudetyp E • Verlässliches Angebot fester Förderkonditionen für Förderprogramme im Baubereich für die Dauer der Legislaturperiode 	<p>Bauen, wo Wohnraum fehlt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zugangserleichterung zu Wohneigentum mittels inflationsgekoppelter Wohnungsbauprämie inkl. Klimakomponente. • Potentialnutzung durch Gebäudeaufstockungen, Umwandlung ungenutzter Büroflächen zu Wohnraum, Ausbau von Dachböden, Aktivierung von Leerstandsbauten • Umsetzung durch Vereinfachung des Baurechts, Verfahrensdigitalisierung, bundesweiter Angleichung • Rückführung „übertriebener Anforderungen“ an bauliche Standards auf ein „sinnvolles Maß“ • Erleichterung des Verbindens von Sanierung und Aufstockung oder Erweiterung 	<ul style="list-style-type: none"> • Stoppen der staatlichen Kostentreiber durch ein sofortiges Baukostenmoratorium • Abschaffung überflüssiger Umweltgutachten • Beschleunigung von Genehmigungsverfahren • Voranbringen des seriellen Bauens durch einheitliche Anforderungen und bundesweite Genehmigungsstandards • Geltung von Komfortstandards, wie Steckdosenmindestanzahl und Norminnentemperatur nur, wenn vertraglich vereinbart • Reduzierung baulicher Anforderungen auf „sinnvolle Mindeststandards“ bei Gebäudeenergie, Brandschutz, Gesundheitsschutz und Statik • Gebäudetyp E als „Blaupause“ für Entrümpelung des Baurechts. • Vereinfachung der Nachverdichtung • Fristversäumnis bei Reaktion der Behörde auf 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik mit gemischten Quartieren • Beschleunigung von Bauvorhaben, etwa durch die Vereinfachung von seriellen Bauen.
---	---	--	--	--

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
---------	-----	----------------	-----	-----

Baurecht

			Bauantrag führt zur Genehmigungsfiktion • Reform EU-Gebäude-richtlinie	
--	--	--	---	--

Energetische Sanierungen (ohne Heizungsgesetz)

• Einführung der Abzugsfähigkeit der Kosten für energetische Sanierungen von der Erbschaftsteuer und Schenkungssteuer		• Finanzierung klimafreundlicher Sanierungen erleichtern • Anerkennung sanierter Gebäude als taxonomiekonform • „Reallabore“ für technische und rechtliche Innovationen im günstigen, klimafreundlichen Bauen.	• Lockerung der starren Kapazitätsgrenzen bei energetischen Sanierungen • Ablehnung eines Anschlusszwangs an Fernwärme • Beibehalten der Möglichkeit mit Holz zu heizen • Reduzierung der Auflagen für Kamine und Öfen	
--	--	---	---	--

Gesundheit

• Flächendeckende Grundversorgung im ländlichen Raum und spezialisierte Leistungen mit ambulanter Versorgung verknüpfen	• Reform zur Verbesserung der Versorgungsqualität in Krankenhäusern bereits umgesetzt • Bereits vorbereitete Maßnahmen für bessere	• Stärkere Unterstützung unterversorgter Gebiete durch Verknüpfung der Niederlassungen von Ärzten mit Krankenhausplanung, regionale Verbünde	• Primärarztssystem in ambulanter Versorgung und Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche	• Erhalt und bessere Integration von Krankenhäusern in örtliche Gesundheitsversorgung und Kooperation ambulanter und stationärer Versorgung
---	--	--	--	--

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkere Steuerungsfunktion der Haus- und Kinderarztpraxen zur besseren Koordination Arzttermine 	<ul style="list-style-type: none"> • ambulante Versorgung umsetzen und zur medizinischen Versorgung in strukturschwachen Regionen umsetzen • Termingarantie der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen, Anspruch auf Beitragsreduzierung bei Nichteinhaltung 	<p>(Gesundheitsregionen) und gemeinsame Versorgungszentren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Primärversorgung durch Hausärzte 		

Steuern

Allgemeine Steuerpolitik

<ul style="list-style-type: none"> • Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen durch Abflachung des Einkommensteuertarifs und Erhöhung des Grundfreibetrags • Erhöhung der Einkommensgrenzen für den Spitzensteuersatz; soll erst bei 80.000 Euro greifen • Regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs an Inflation 	<ul style="list-style-type: none"> • Entlastung von 95 Prozent der Steuerzahler, indem Spitzeneinkommen und -vermögen stärker besteuert werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Entlastung niedriger Einkommen („zielgenau und unbürokratisch“) durch Steuergutschriften • Erhöhung Grundfreibetrag 	<ul style="list-style-type: none"> • Stufenweise Schaffung eines „linear-progressiven Chancentarif in der Einkommensteuer“ • Orientierung des Spitzensteuersatzes an der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung • die Freibeträge und Eckwerte der Einkommenssteuer automatisch an die allgemeine Preisentwicklung anpassen 	<ul style="list-style-type: none"> • Entlastung einer „großen Mehrheit der Bürger“ durch eine Belastung „überdurchschnittlicher Einkommen und Großvermögen“ • Steuerliche Entlastung von Einkommen bis 7500 Euro • Deutliche Erhöhung des Grundfreibetrags, Orientierung am Mindestlohn
--	--	--	---	--

Steuern

Allgemeine Steuerpolitik

<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung einer Vermögensteuer • Abschaffung des Solidaritätszuschlags 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermögensteuer „für Superreiche mit Vermögen über 100 Millionen Euro“ • Einführung einer globalen Milliardärssteuer vortreiben • Beibehaltung des Solidaritätszuschlags, Kreis der aktuell Steuerpflichtigen soll nicht größer werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermögenssteuer als Möglichkeit, um „Gerechtigkeitslücken“ zu schließen • aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardärssteuer • Integrierung des Solidaritätszuschlags in den Einkommensteuertarif 	<ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung jeder Form einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe • Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags 	<ul style="list-style-type: none"> • Vermögen ab 25 Mio. Euro mit Steuersatz von 1 Prozent, ab 100 Mio. Euro 2 Prozent und ab 1 Mrd. Euro 3 Prozent
<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Freibeträge bei der Erbchaftsteuer • Keine Belastung von Familienunternehmen in der Substanz bei Erbfolge 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung der Rechtsform der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ für eine treuhänderische Nachfolge • Effektive Mindestbesteuerung für „große Betriebsvermögen“, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gelten soll, zugleich Anpassung der persönlichen Freibeträge 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer für „außerordentlich große Erbschaften“ sollen „effektiv“ angegangen werden • Schaffung einer attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungsteuer müssen automatisch um die Inflationsrate • Erhöhung der Erbschaftsteuerfreibeträge automatisch um die Inflationsrate 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung der Rechtsform des Verantwortungseigentums durch Umwandlung eines Unternehmens in eine „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“
<ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Umsatzsteuer auf Speisen in der 	<ul style="list-style-type: none"> • Senkung des Umsatzsteuersatzes Lebensmittel von sieben auf fünf Prozent. 		<ul style="list-style-type: none"> • Einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Speisen, sowohl für 	<ul style="list-style-type: none"> • Absenkung der Mehrwertsteuer auf 0 Prozent für Grundnahrungsmittel wie

Steuern

Allgemeine Steuerpolitik

Gastronomie auf sieben Prozent

Verzehr vor Ort oder zum Mitnehmen

Fleisch, Getreide, Milchprodukte, sowie Obst und Gemüse

- **Einkommen aus Kapital** wieder über den Einkommensteuertarif besteuern
- Abgeltungsteuer abschaffen
- Einführung einer **Finanztransaktionssteuer**, „möglichst im Einklang“ mit anderen EU-Ländern
- Abschaffung der 10-jährigen **Spekulationsfrist beim Privatverkauf von nicht selbst genutzten Immobilien**, damit bei einem solchen Verkauf immer Steuern anfallen.

- Das „Auseinanderklaffen“ von Einkommens und **Kapitalertragsteuer** wird soll verändert werden

- Abschaffung der **Verlustverrechnungsbeschränkung innerhalb der Abgeltungsteuer**
- Gegen die Einführung einer **Transaktionssteuer**
- Wiedereinführung einer **Spekulationsfrist** für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren
- Einführung eines **steuerfreien Aufstiegsvermögens**, indem Sparer nicht ausgeschöpfte Sparer-Freibeträge auf die nachfolgenden Jahre übertragen können

- **Kapitalerträge** sollen mit dem „normalen Einkommenssteuersatz“ belastet werden
- Einführung einer **Finanztransaktionssteuer**
- Begrenzung der 10-jährigen **Spekulationsfrist** beim Privatverkauf von nicht selbst genutzten Immobilien **auf selbstgenutzten Wohnraum**.

Unternehmenssteuerrecht

- | | | | | |
|---|--|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Ziel ist eine Unternehmensbesteuerung von maximal 25 Prozent auf einbehaltene Gewinne, die schrittweise umgesetzt werden soll • Die Körperschaftsteuer soll schrittweise auf zehn Prozent reduziert werden • „Turboabschreibungen für einen schnellen Wachstumsimpuls“ und Aktualisierung der AfA-Tabellen und Abschreibungsdauer • Verbesserung des Optionsmodells • Mehr „Wahlrecht, Einheitlichkeit und Durchlässigkeit“ in bestehenden Besteuerungssystemen für Kapital- und Personengesellschaften • Ausweitung des Verlustrücktrags und Abschaffung der Beschränkung durch die Mindestbesteuerung • Einführung des Verrechnungsmodells bei der Einfuhrumsatzsteuer | <ul style="list-style-type: none"> • „Gezielte Anreize für Investitionen in Deutschland“: Betriebs- bzw. Unternehmensinvestitionen in Maschinen und Geräte sollen mit 10 Prozent der Anschaffungssumme über Steuererstattung gefördert werden • Steuerliche Entlastung von Reinvestitionen von Gewinnen bei Personengesellschaften • Bekenntnis zur Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen • Einsatz für eine einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in Europa | <ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer auf fünf Jahre befristete, „unbürokratische Investitionsprämie“ von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen; Prämie soll mit Steuerschuld verrechnet werden, falls die Prämie die Steuerschuld übersteigt, wird sie ausgezahlt. • Einsetzen für eine Europäische Digitalkonzernsteuer, falls die USA keine Besteuerung digitaler Großkonzerne umsetzen | <ul style="list-style-type: none"> • Absenkung der Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent • Absenkung der Körperschaftsteuer • Erhöhung der Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und Erweiterung der Sammelabschreibung für Wirtschaftsgüter, deren Wert über der Sofortabschreibungsgrenze liegt • Unbeschränkter Verlustrücktrag und weitere Ausweitung des Verlustrücktrags • Steuerliche Berücksichtigung von Liquidationsverlusten • Wahlrecht für Kleinunternehmer auf Abzug einer prozentualen Betriebsausgabenpauschale • Abschaffung der Gewerbesteuer durch eine international systemtaugliche Alternative • Konsequente Abschaffung von Hinzurechnungstatbeständen | <ul style="list-style-type: none"> • Konzerne sollen für ihre Aktivitäten in Deutschland steuerlich ebenso hoch belastet werden wie mittelständische Betriebe • Besteuerung von Aktienrückläufen • Schuldzinsen und Lizenzzahlungen an Holdinggesellschaften im Ausland sollen bei der Berechnung der Gewerbesteuer nicht mehr vom Gewerbeertrag abgezogen werden dürfen • Verhinderung der Umgehung von Grunderwerbsteuer durch Share Deals |
|---|--|---|--|--|

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
---------	-----	----------------	-----	-----

Unternehmenssteuerrecht

			<ul style="list-style-type: none"> Einführung der steuerlichen Absetzbarkeit fiktiver Eigenkapitalzinsen 	
--	--	--	--	--

Steuerverwaltung

<ul style="list-style-type: none"> Gewerbsteuer soll vom am Unternehmenssitz zuständigen Finanzamt abgewickelt werden. Steuereinnahmen aufkommensneutral und in vollem Umfang an die Standortkommunen verteilen Verkürzung von Aufbewahrungspflichten für Belege auf einheitlich fünf Jahre Vereinfachung durch Pauschalierung statt Belegen 	<ul style="list-style-type: none"> Die vorausgefüllte Einkommensteuererklärung soll zum Standard werden Mögliche Erstattungen sollen automatisch erfolgen. 	<ul style="list-style-type: none"> Anhebung der Arbeitnehmerpauschbeträge in der Einkommensteuererklärung auf 1.500 Euro 	<ul style="list-style-type: none"> „Easy Tax“: Vorausgefüllte Steuererklärung, langfristig hin zu einer vollautomatisierten Einkommensteueranlagung 	
---	---	---	--	--

Wettbewerbs- und Handelspolitik

Kartellrecht & Fusionskontrolle

<ul style="list-style-type: none"> Einsetzen für ein „modernes“ Kartell- und 	<ul style="list-style-type: none"> Beobachtung der Marktmacht der „wenigen großen 	<ul style="list-style-type: none"> Weiterentwicklung des Kartellrechts, um KMU und 	<ul style="list-style-type: none"> Ausstattung des Bundeskartellamts mit den nötigen
---	--	---	---

Wettbewerbs- und Handelspolitik

Kartellrecht & Fusionskontrolle

Wettbewerbsrecht ein, bei welchem der **globale Markt als Maßstab** zugrunde gelegt wird

- weitere Vertiefung des EU-Binnenmarktes, wodurch europäische Unternehmen als „**European Champions**“ am internationalen Wettbewerb teilnehmen sollen
- Verbesserung der Missbrauchskontrolle starker Abnehmer durch **Stärkung des Schutzes von Erzeugern und Lieferanten** vor unlauteren Handelspraktiken

Lebensmittelhändler“ zur Verhinderung der „Ausdehnung der Gewinnmargen“. Stärkung der **zuständigen Behörden**, um Transparenz über Lebensmittelpreise zu schaffen.

- Zuständige Behörden sollen prüfen, ob es auf dem Lebensmittelmarkt zu wettbewerbsrechtlichen Verstößen kommt.
- Modernisierung des europäischen Beihilferechts, um Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen

Verbraucher „effektiver vor Monopolen zu schützen“

- Kartellrechtliche Prüfung, um im **Lebensmittelhandel „faire Erzeugerpreise und Wettbewerb“** zu sichern
- Änderung des EU-**Beihilferechts**, damit es kurzfristig der **Unterstützung der Dekarbonisierung** der Industrie nicht im Wege steht.
- Verringerung der hohen Kosten des **Zahlungsverkehrs** mithilfe „**innovativer Wettbewerber und des Wettbewerbsrechts**“, z.B. bei Nutzung von Kreditkarten.
- Entlastung von bürokratischen Verfahren bei **kleinen Übernahme- und Fusionsfällen**

Ressourcen und Kompetenzen ausstatten, um eine „**wirksame Fusionskontrolle zu betreiben**“.

- Prüfung der Regeln für Marktanteils Grenzen einzelner Unternehmen in kritischen Sektoren wie Energie, Kommunikation und Lebensmittel durch ein wettbewerbsrechtliches Entflechtungsgesetz.

Außenwirtschaftsrecht & Handelspolitik

- | | | | | |
|---|---|---|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Schutz deutscher sicherheitsrelevanter Technologien, kritischer Infrastrukturen und Unternehmen vor Übernahmen durch systemische Rivalen. • Schaffung wirkungsvoller Instrumente zur Krisenbewältigung und gegen Subventionen, die den weltweiten Wettbewerb verzerren • Abschluss neuer Energie- und Rohstoffpartnerschaften, Einsatz für pragmatische Handelsabkommen auf europäischer Ebene • Die neuen klimapolitischen Sektorleitlinien für Garantien sollen rückgängig gemacht werden. • Mercosur soll zügig in Kraft treten, die EU sollte zudem mit Indien und den ASEAN-Staaten Freihandelsabkommen schließen • Enge Wirtschaftsbeziehungen mit China beibehalten, „sofern sie auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruhen“, wirtschaftliche Abhängigkeit aber verringern | <ul style="list-style-type: none"> • EU-Mercosur-Abkommen oder Freihandelsverträge der EU mit Indien und Australien sind wichtig • Europäisch abgestimmte China-Politik; „Peking ist kein einfacher Partner“; in kritischen Bereichen wirtschaftlich unabhängiger werden (De-Risking). • Die USA sind Deutschlands engster außereuropäischer Partner. Handelshemmnisse mit den USA sollen abgebaut werden, ein Subventionswettbewerb vermieden. | <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines Investitionsprüfungsgesetzes zum Schutz strategisch wichtiger Branchen • Stärkung der Zusammenarbeit mit Partnerstaaten im Indopazifik, insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Handel und Klima. • China ist systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, „Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings“. | <ul style="list-style-type: none"> • Kritische Infrastruktur muss wirksam vor chinesischer Einflussnahme geschützt werden. • Abschluss von so vielen Freihandelsabkommen wie möglich. • Unverzögliche Ratifizierung des Mercosur-Abkommens • Mit den Ländern im Indo-Pazifik die globalen Zukunftsaufgaben angehen • Ausgehandelte EU-Freihandelsabkommen sowie laufende Verhandlungen vor allem mit Indonesien, Australien, Thailand, den Philippinen und Malaysia zügig abschließen. • „Wirtschaftsbeziehungen mit China, so weit wie sinnvoll, beibehalten“. Gleichzeitig wirtschaftliche Abhängigkeiten identifizieren und reduzieren. • Ausbau der transatlantischen Handelsbeziehungen, mindestens durch sektorale Abkommen Institutionalisierung des Trade and Technology Council (TTC) sowie gemeinsamen | <ul style="list-style-type: none"> • Ablehnung von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen im Interesse multinationaler Konzerne soziale Rechte oder andere nationale Regeln außer Kraft setzen • Plädoyer für internationale Abkommen, die die Versorgungssicherheit und den Zugang zu wichtigen Absatzmärkten gewährleisten sowie soziale, menschenrechtliche und ökologische Standards sichern, damit heimische Anbieter nicht von weniger regulierten ausländischen Billigproduzenten vom Markt verdrängt werden |
|---|---|---|--|--|

Außenwirtschaftsrecht & Handelspolitik

- **Vertiefe Partnerschaften mit den USA** und damit für einen umfassenden transatlantischen Wirtschafts-, Handels- und Zukunftsraum sowie für neue Energie- und Rohstoffpartnerschaften

Vorgehen im Bereich der Wirtschaftssicherheit.

Energie und Klimapolitik

Allgemeines

- Pariser Klimaabkommen einhalten, die **deutsche Klimaneutralität 2045** ist „fest im Blick“
- Klimaziele sind mit **Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit** zu verbinden.
- „Maximal pragmatische“ Weiterentwicklung von EU-Klimagesetzgebung
- Berücksichtigung des Enormen **Energiebedarfs von KI**-Datenzentren in die nationale Energie-strategie

- Klares **Bekanntnis** zu den **Klimazielen** der EU und Deutschlands,
- Sicherer und bezahlbarer **Strom** für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Paradigmenwechsel: Klimaneutralität als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – **Klimaschutz** muss **sich jeder leisten** können

- Klimaneutralität in **Europa 2050** in Europa und **2045 in Deutschland, 100% klimaneutraler Strom 2035**
- Wirtschaftliche **Planungssicherheit** durch Umsetzung des Green Deals und „Fit for 55“-Pakets
- Klimaneutrale **Modernisierung der Industrie** durch CO2-Preis, Subventionen, unkompliziertes Ordnungsrecht und erweiterte Klimaschutzverträge

- Klimaneutralität in Europa und in Deutschland **2050**
- **Absenkung** von deutschen **Klimaschutzvorgaben** auf den Europäischen Standard
- **Abschaffung** der **Berichtspflichten** aus dem Green Deal (CSRD, CSDDD, EU-Taxonomie)

- Abkehr vom „**Wunschdenken**“ einer schnell erreichbaren völligen Klimaneutralität
- Deutschlands größtmöglicher Beitrag zum Klimaschutz: Entwicklung neuer **klimaschonender Technologien**

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der CO2-Bepreisung zum Leitinstrument für Klimaschutz, dadurch auch sozialverträgliche Dekarbonisierung im Gebäudebereich • Einbeziehung aller Sektoren in das Europäische Emissionshandelssystem • Rechtsrahmen für CO2-Kreislaufwirtschaft mit CCS/CCU, Direct Air Capture und CO2-Transport • Förderung von Kohlenstoffmärkten als internationale Emissionshandelsmärkte. 	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung von CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) zum Schutz von EU-Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen • Umwandlung der Luftverkehrssteuer in eine EU-Klimaabgabe, auch von nicht EU-Airlines zu zahlen • Grundsatz „CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau von Förderprogrammen • CBAM: Einbezug der Gesamtemissionen des Herstellers im Herkunftsland und Einsatz zur Wettbewerbsabsicherung europäischer Unternehmen • Pflichtbeitrag zu den Kosten der Klimakrise von Ölkonzernen und Kohlekraftwerksbetreibern • Ermöglichung von Carbon Capture and Storage/Utilization; Ausbau der Infrastruktur, keine CO2-Speicherung in Meeresschutzgebieten 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der CO2-Bepreisung zum Leitinstrument für Klimaschutz; soll perspektivisch die Strom- und Energiesteuer ersetzen • Einführung eines weltweiten Emissionshandelssystem mit globalem CO2-Preis, dieses soll langfristig CBAM ersetzen • Öffnung des ETS für Drittländer • „Diskriminierungsfreie“ Nutzung von CCS/CCU als Klimaschutzoption und Vergabe von CO2-Zertifikaten für atmosphärische CO2-Entnahme 	<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung des CO2-Preises, stattdessen Förderung von Innovation und gezielte Anreize • Entweder Globalisierung des europäischen Emissionshandels oder Ende der Deutschen Beteiligung daran

Stromproduktion				
<ul style="list-style-type: none"> • Ideologiefreie und technologieoffene Stromproduktion, dahingehende Forschungsoffensive • Ausbau der erneuerbaren Energien, darunter auch Bioenergie und Holz, 	<ul style="list-style-type: none"> • Sichere und bezahlbare Energieversorgung, vor allem mit erneuerbarem Strom • Vereinfachung der dezentralen Versorgung mit erneuerbarer Energie (Balkonkraftwerke, Bürgerwindparks) 	<ul style="list-style-type: none"> • 100% klimaneutraler Strom 2035 • Ausbau der erneuerbaren Energien, darunter auch „naturverträgliche“ Bioenergie • Für kommunales „Energy Sharing“, dafür 	<ul style="list-style-type: none"> • Technologieoffenheit und freie Wahl des Marktes bei der Energieproduktion, vollständige Überführung der erneuerbaren Energien in den privaten Markt • Ausbau der Erdgasförderung in DE, insb., durch 	<ul style="list-style-type: none"> • Effiziente Mischtechnologien und Weiterförderung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen nach 2025 • Ersatz alter Windanlagen durch neue, Förderung von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, Parkplätzen, Werkshallen

Stromproduktion

- Ausbau von **Agri-Photovoltaik**
- Konsequente Nutzung der **Kraft-Wärme Kopplung**
- Festhalten am **Kohlekompromiss**, bis dahin keine ersatzlosen Abschaltungen
- **Prüfung** der **Wiederaufnahme** abgeschalteter **Atomkraftwerke**
- Setze auf Forschung zur Kernenergie der 4. und 5. Generation

- **Befürwortung** des **Atomausstiegs**

- Bürokratieabbau und Planungssicherheit
- **Keine** Weiterbefuerung **aller Kohlekraftwerke** ab 2030
- **Keine Gasförderung** in DE
- **Befürwortung** des **Atomausstiegs**
- Unterstützung der **Forschung an Kernkraftwerken der neuen Generation**

- **Fracking** und Nutzung des Gasfelds in Borkum
- Für einen EU-weiten **Ausstiegsplan** aus **russischen** Energiekäufen
- **Betreiberentscheid** über Wiederinbetriebnahme von **Atomkraftwerken**, Partei ist für Nutzung ohne Subventionen
- Innovationsfreundlicher Rechtsrahmen für neue Kernkraftwerk-Generationen

- Beteiligung von Kommunen und Bürgern an erneuerbarer Energie mittels **Energiegenossenschaften**
- **Für Erdgasbezug** aus **Russland**, zudem Investitionen in Reservegaskraftwerke
- **Gegen** den Neubau konventioneller und modularer „mini“ **Atomkraftwerke**
- Investition in die Forschung zu neuen Kernkraft-Technologien wie der Kernfusion

Strompreise & Marktdesign

- Einführung eines **technologieoffenen Kapazitätsmarkts**, Weiterentwicklung der Terminmärkte
- **Bessere Absicherbarkeit von Lieferverträgen** für Versorgungsunternehmen
- **Senkung der Stromsteuer um mindestens 5 Cent/kWh**, finanziert durch CO2-Einnahmen.

- **Entfristung der Absenkung der Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß
- **Ausweitung der EU-Strompreiskompensation** auf Branchen wie Glas, Batterie,- und weite Teile der Chemieindustrie
- Ausbau der Strom-Spar-Checks, einer **proaktiven Stromberatung** für die ärmsten Haushalte

- **Investitionssicherheit für Kraftwerke** z.B. durch Kapazitätsmarkt und kurzfristige Anreize
- **Stromsteuersenkung auf europäisches Minimum**
- **Dauerhafte und breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation** für energieintensive Unternehmen
- Ausbau **der Energieberatung**

- **Anreiz zum Bau neuer Gaskraftwerke** durch Einführung eines unbürokratischen Kapazitätsmarkts
- **Ablehnung staatlich garantierter Abnahmepreise** für erneuerbare Energien
- **Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum** und langfristige **Reduzierung** der EU-Mindestsätze für **Energiesteuern**

- **Gegen** die Möglichkeit von **Energiekappung**

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
----------------	------------	-----------------------	------------	------------

Strompreise & Marktdesign

<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung eines „echten“ europäischen Energiebinnenmarkt 		<ul style="list-style-type: none"> • Bei Verbrauchern als Kunden: Verpflichtende An-gabe des durchschnittlichen Strompreises für Neukunden auf jeder Energier-echnung 	<ul style="list-style-type: none"> • für Heiz- und Kraftstoffe auf null • Gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren 	
--	--	---	---	--

Netze: Netzentgelte, Netzausbau

<ul style="list-style-type: none"> • Integrierter, grenzüberschreitender Ausbau der Netzinfrastuktur zur Synchronisierung mit Speichern und Erzeugungskapazitäten • Verstärkte Kooperation zwischen Verteilungs-netzbetreibern • Gewinnung von mehr pri-vatem Kapital für den Netz-ausbau • Beibehaltung einer einzi-gen Stromgebotszone statt unterschiedlicher Strompreiszonen • Senkung der Netzent-gelte, Finanzierung durch CO2-Einnahmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Deckelung der Entgelte für das Übertragungsnetz auf 3 Cent/kWh, wodurch Belas-tungen halbiert werden • Ausschluss der Erhöhung der Netzentgelte • Weiterführung reduzierter Netzentgelte für beson-ders stromintensive Un-ternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> • Freileitungen werden Standard für neue Hoch-spannungsleitungen • Keine Aufteilung der Ge-botszonen, sondern de-zentrale Preissignalen • Übernahme der Netzent-gelte für die überregio-nalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds 	<ul style="list-style-type: none"> • Integrierter Ausbau der tatsächlich benötigten Net-zinfrastruktur • Abschaffung des Netzan-schlusszwangs • Für neue Leitungen werden Freileitungen die Regel sein • Einführung dynamischer Netzentgelte zur Flexibili-sierung der Nachfrage. Diese verlagert sich dorthin, wo Kapazitäten vorhanden sind • Dadurch Senkung der Netzkosten 	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung von Ausbau und Instandhaltung der Netze aus öffentlichen Mitteln und nicht über die Strompreise • Verstaatlichung der Netze • Flexible Energieversor-gung dank intelligenter Netze und Messstellen • Senkung der Netzentgelte auf ein Minimum
---	--	--	---	---

Wärme: Heizungsgesetz, Fernwärmecontracting

- | | | | | |
|---|---|---|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme des „Heizungsgesetz“ der Ampel, denn die Bürger wüssten am besten, welche Heizungsart passt • Förderung und Nutzung technologieoffener emissionsarmer Wärmelösungen, darunter Holz | <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der kommunalen Wärmeplanung mit technischer Unterstützung und Fördermittel wie etwa einem Deutschlandfonds • Einsetzung einer bundesweiten Preisaufsicht für Fernwärme • Wärmepumpen-Leasing für ärmere Haushalte | <ul style="list-style-type: none"> • Festhalten am bestehenden Gebäudeenergiegesetz • Förderung des Aus- und Umbaus von Wärmenetzen durch Stärkung der Förderung für effiziente Wärmenetze (BEW), Optimierung der Genehmigungsprozesse und öffentliche Bürgschaften • Einsetzung einer Preisaufsicht für Verbraucherfernwärme und Begrenzung von Preisanstiegen analog zum GEG • Ausbau der Förderung für fossilfreie Heizungen wie der Wärmepumpe | <ul style="list-style-type: none"> • Vollständiges Auslaufen des „Heizungsgesetzes“ • Kein Zwang zum Anschluss an Fernwärmenetze • Heizen mit Holz soll möglich bleiben, Reduzierung von Auflagen für Kamine und Öfen | <ul style="list-style-type: none"> • Rücknahme des „Heizungsgesetzes“ • Stärkung des Verbraucherschutzes gegen Benachteiligung durch Energiekonzerne und Ausbau der Verbraucherzentralen zu „Marktwächtern“ • Ausbau von Geothermie, Erschließungsziele bis 2030 100 TWh |
|---|---|---|---|---|

Wasserstoff

- | | | | | |
|---|---|--|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Wasserstoff zum Erfolg führen, ohne Benachteiligung einzelner Regionen und Pragmatismus • Pioniermärkte mit Quoten für Grüngas, Grün-Heizöl und klimaneutralen Stahl für effizienten Markthochlauf | <ul style="list-style-type: none"> • Klug ausgestaltetes Wasserstoffnetz und ausreichende Speicherkapazitäten (etwa eine nationale Wasserstoffreserve) • Leitmärkte mit festen Quoten für grünen Stahl Made in Germany, zum | <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau des Wasserstoffkernnetzes, Förderung von grünem Wasserstoff in Deutschland und Sicherung neuer Importquellen • Europaweite grüne Leitmärkte für Sektoren wie Stahl und Zement, etwa durch stetig steigende | <ul style="list-style-type: none"> • Bessere Synchronisierung des Netzausbaus mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, Kraftwerken und der Wasserstoffwirtschaft • Schnellere Genehmigungen für Elektrolyseure und neue | <ul style="list-style-type: none"> • Neben privatem auch staatlicher Bau von Elektrolyseuren zur Wasserstoffherstellung • Förderung von Energiepartnerschaften zum Import von Wasserstoff |
|---|---|--|--|---|

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
---------	-----	----------------	-----	-----

Wasserstoff				
	Beispiel bei der Bahn oder in Umspannplattformen	Mindestquote von grünem Stahl bei öffentlichen Aufträgen	internationale Energiepartnerschaften	

Förderregime				
<ul style="list-style-type: none"> • „Klimabonus“ zur Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen vom CO2-Preis • Bessere und schnellere Absetzbarkeit von Investitionen in Klimatechnologie und Energieeffizienz 	<ul style="list-style-type: none"> • Abfederungsmechanismen wie ein Klimageld für CO2-Preise, die ab 2027 für Wärme und Benzin anfallen 	<ul style="list-style-type: none"> • Klimageld zur Rückerstattung von Mehrkosten durch höhere CO2-Bepreisung an niedrig- und mittlere Einkommensbezieher • Stärkung der Klimakomponente im Wohngeld • Weiterhin vollständige Finanzierung der EEG-Umlage für Verbraucher aus dem Bundeshaushalt 	<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Klimadividende zur direkten und pauschalen Rückzahlung der Einnahmen aus dem Emissionshandel an die Bürger • Befristung und degressive Ausgestaltung von Subventionsprogrammen • EEG-Subventionen schon vor dem gesetzlichen Aus bei Vollendung des Kohleausstiegs abschaffen 	

Reform der Schuldenbremse

<ul style="list-style-type: none"> • Festhalten an der Schuldenbremse des Grundgesetzes 	<ul style="list-style-type: none"> • Reform der Schuldenbremse: Neue Ausnahmetatbestände, flexiblerer Defizitregel, Ermöglichung von Kreditaufnahme durch 	<ul style="list-style-type: none"> • Reform der Schuldenbremse • Keine Änderungen für „konsumtive Ausgaben“, diese 	<ul style="list-style-type: none"> • Festhalten an der Schuldenbremse des GG, künftigen Generationen soll kein Schuldenberg hinterlassen werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Reform der Schuldenbremse, diese ist „Investitionsbremse“ • Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen, Schulen,
--	---	---	---	--

CDU/CSU	SPD	B90/Die Grünen	FDP	BSW
<ul style="list-style-type: none"> • Spielräume durch Einsparungen und potenziell durch Wirtschaftswachstum • Änderung der politischen Prioritäten und „unternehmerisches“ Agieren des Staates 	<p>Länder sowie Reform von Notlagenregelung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schuldenbremsenkonformer Deutschlandfonds, ausgestattet mit privaten und öffentlichen Mitteln: 100 Milliarden € Startkapital des Bunds, zugleich Überzeugung institutioneller Anleger zur Investition 	<p>dürfen nicht über Schulden gedeckt werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen, Bürgerinnen und Bürger können sich an dessen Investitionen beteiligen 	<ul style="list-style-type: none"> • Spielräume durch das Zurückfahren von Subventionen, Veräußerung von Staatsbeteiligungen, Wirtschaftswachstum und Bürokratieabbau 	<p>Wohnungen und Netze ausklammern aus Schuldenbremsenregelung</p>

Public Affairs bei Freshfields



Alex Schmidtke
Head of Public Affairs
Berlin

T +49 30 20 28 37 98

E alex.schmidtke
@freshfields.com
freshfields.com

Unser Public-Affairs-Team Germany analysiert an der Schnittstelle von Recht, Politik und Wirtschaft, welche Auswirkungen Gesetzesvorhaben auf die unternehmerischen Aktivitäten unserer Mandanten haben können. Wir arbeiten stets mit einer politischen und juristischen Perspektive und identifizieren mögliche Risiken und Chancen bereits im nicht-legislativen Stadium.

Für unsere Mandanten entwickeln wir unter anderem maßgeschneiderte Tools, um alle Entwicklungen und mögliche Risiken durch regulatorische Entwicklungen von Beginn an zu monitoren und tagaktuelle Beratung zu liefern. Über nationale Grenzen hinaus arbeiten wir mit unserem Brüsseler Public-Affairs-Team und unseren Freshfields Büros weltweit, um stetig deutsche, europäische und nationalstaatliche Entwicklungen begleiten zu können.



**Natalie Pettinger
Kearney**
Head of EU Regulatory and
Public Affairs, Brussels

T +32 2 504 70 00

E natalie.pettingerkearney
@freshfields.com
freshfields.com

Dieses Material wird von Freshfields, einer international agierenden Anwaltssozietät, zur Verfügung gestellt. Freshfields bietet ihre Dienstleistungen weltweit über einen Verbund von mehreren Gesellschaften an. Weitere Informationen über unsere Struktur finden Sie hier: [Rechtliche Hinweise Deutschland | Freshfields](#).

Die Freshfields PartG mbB hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist im Partnerschaftsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Registernummer PR 2677 eingetragen.

Dieses Material dient der allgemeinen Information und stellt keine individuelle verbindliche Rechtsberatung für Sie dar. Sollten Sie spezifischen Rechtsrat wünschen, sprechen Sie uns bitte an. Wir stehen Ihnen hierfür sehr gern zur Verfügung.